

Kobeder Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Fremdenk. Nr. 476

Mit der illustrierten Kurzzeitung „Die Neue Welt“.

Herausgeber Nr. 916

Der „Kobeder Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen), mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Koblenzer Straße Nr. 50/52, und die Post zu bestreichen. — Preis vierteljährlich Mr. 1.60. Monatlich 65 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4089 a, letzter Nachtrag.

Die Angelgegenbühr beträgt für die viergeschwollene Bevölkerung oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf.; auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Ausweise für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 29.

Sonntag, den 4 Februar 1906.

13. Jahrg.

Der Zwiespalt in der deutschen Gerechtigkeit.

„Erhebt auch Ihr Euch elämüttig in gewöhnlichen Massen und gebt Euren Willen laut und nachdrücklich kund. Läßt nicht abermals die Stunde ungenutzt vorübergehen. Eilt in die Versammlungen, tretet ein in die Organisation der Sozialdemokratie“ usw.

Was ist das? Ein Aufruf, die Stimme zu erheben — ein Ruf, in die Versammlungen zu gehen — ein Ruf, die Organisation der Sozialdemokratie zu stärken, werden unsere Leser, werden alle Urbesangenen sagen. — Nein, sagt das Königl. Landgericht in Koblenz, was ist eine bewußte Aufforderung, in Preußen mit ungünstigen, gewalttätigen Mitteln gegen das bestehende Wahlrecht und die bestehenden Klassen vorzugehen. Warum? Weil in dem Flugblatt „An das preußische Volk“, um dies handelt es sich, auch von den Kämpfern in Russland die Worte ist.

Das Landgericht in Koblenz hat wie folgt entschieden: O. 16/6.

30.

Beschluß.

Die Beschwerde des Jacob u. Biermannarbeits in Koblenz, gegen die am 12. Januar 1906 bei ihm vorgenommene Beschlagnahme der Flugblätter mit der Ueberschrift „An das preußische Volk“ wird zurückgewiesen. Die Kosten fallen dem Beschwerdeführer zu Last.

Gründe:

Die Beschlagnahme des angeführten, im Verlaufe von Adolf Hofsrichter in Köln erschienenen und bei A. Gerlich in Düsseldorf gedruckten Flugblattes ist durch Beschluss des königlichen Landgerichts in Ahrweiler vom 13. Januar 1906 angeordnet, weil der Inhalt derselben den Tatbestand des Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs begründet. Die Wirkung dieser richterlichen Beschlagnahme erstreckt sich auf alle Exemplare der Druckerei, auch auf diejenigen, welche außerhalb des Unterkreises des beschiedenen Gerichts vorgefunden werden, also auch auf die hier in Ahrweiler befindlichen.

Welt Recht hat das Amtsgericht Ahrweiler den Tatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs für vorliegend erachtet.

Das Flugblatt wendet sich an die bestehende Arbeiterschaft und bringt dieselbe in einen Orgenbach zu den übrigen Staatsbürgern. Dies ergibt sich aus dem ganzen Inhalt; insbesondere aus den Behauptungen, das Deutsches Reichsparlament handele in „volks- und arbeiterfeindlichem Geiste“, habe die gerechten Forderungen der preußischen Bergarbeiter schändlich preisgegeben, die Volksvertretung sei „das Produkt übermüttig gewordener Mächte“, durch die „Freiheit des Bürgertums“ sei die Revolution des Jahres 1848 verloren worden, die erste Räume bekehre aus dem „rüstständigen und volksfeindlichen Vertretern der preußischen Aristo-Kette“ und den „herrschenden Schichten eines bürgerlichen Proletariats“. Es reist die Bevölkerungsklassen, an die es sich wendet, zu Gewalttätigkeiten gegen die anderen auf. Den nachdem im letzten Abschnitt gelegt ist: „Sie verbündet die Entretung, die Euch widerfährt, wenn Ihr das seines mitbuhdet“, wird darauf hingewiesen: „Im Osten regt sich das russisch-polnische Volk im Kampfe um die ihm vorenthaltenen Menschenrechte; in Österreich-Ungarn kämpft das Volk um die Erringung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts; in Sachsen erhält die Arbeiterklasse mit elementarer Wucht den Ruf nach Befreiung des Dreiklassenwahlrechts“, wird hieran die Aufforderung geknüpft: „Erhebt auch Ihr Euch elämüttig in gewöhnlichen Massen und gebt Euren Willen laut und nachdrücklich kund. Läßt nicht abermals die Stunde ungenutzt vorübergehen.“ Aus diesem Wortlaut und dieser Zusammenstellung lässt, wenn auch das Flugblatt vorzähle: „Eilt in die Versammlungen, tretet ein in die Organisation der Sozialdemokratie“ usw., nicht gefolgt werden, daß es sich nur um eine Einladung zum Besuch geschickter gestalteter Versammlungen, zum Besuch zur sozialdemokratischen Partei und zur Unterstützung deren Prinzipien handele, es ist vielmehr die Aussöhnung begründet, daß darin die bewußte Aufforderung liegt, auch in Preußen, den in den angeführten Ländern gegebenen Beispiele folgend, mit ungünstigen, gewalttätigen Mitteln gegen das bestehende Wahlrecht und die bestehenden Klassen vorzugehen. Daß es durch die Verbreitung des Flugblattes zu einer Erregung und damit auch zur Verstübung von Gewalttätigkeiten leicht hätte kommen können, so daß der öffentliche Friede gefährdet worden wäre, ist bei der schweren Ausdrucksweise desselben anzunehmen, ebenso daß die Anzeigung durch das für eine unbestimmte größere Menge Personen bestimmte Flugblatt als eine öffentliche erscheint.

Die Kostenfrage regelt § 505 St. P. O.

Koblenz, den 23. Januar 1906
Königliches Landgericht, 3. Strafkammer.
geg. Professor. Geith. Schlitter.

Das Landgericht in Koblenz ist noch zwei Richtungen. Eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen das Wahlrecht ist selbst dann nicht strafbar, wenn sie logisch möglich wäre. Eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen andere Bevölkerungsklassen läßt sich aber auch mit dem Hinweis auf Russland nicht konstatieren; denn dort läßt das Volk gegen die Regierung, also ebenfalls durch § 130 des Strafgesetzbuches unschaffbare Schandtat. Gegen andere Bevölkerungsklassen gehen in Russland nur die Hooligans vor, welche die deutsche Sozialdemokratie ihren Anhängern kaum als Master empfehlen würden.

Es bleibt bei dem, was das Berliner Landgericht II über dasselbe Flugblatt sagte:

Eine Verurteilung aus §§ 130, 131 St. G. B. bliebe nicht zu erwarten sezt, da einerseits die Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, andererseits das Vorwurfschein von der Entstehung oder Fortschaltung der Tatsachen nicht nachzuweisen sein wird.

Wenn übrigens der Zwiespalt in der deutschen Gerechtigkeit so groß ist, kann sicher der Letzte mit Erfolg den Mangel des prüfbaren Beweisfahrns gelind machen. Damit wenn er weiß, daß die Sozialdemokratie entlastet ist, so lange auf gesicherten Boden zu kämpfen, bis etwa ihre Gegner sie vor denselben verdrängen wollen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Romödie. Bekanntlich hatte es die Regierung im vorigen Jahre mit der Erhabung des Reichstages nicht allzu eilig, trotzdem dieselbe nach Lage der Sache eine unabdingbare Notwendigkeit war. Hunderte von Kriegern wurden nach dem schwarzen Erdteil gesetzt, ohne daß der Reichstag — wie es verfassungsgemäß zwittrig war — weber seine Zustimmung gegeben noch die Güte bewilligt hatte. Nur nicht geringe Zwecke gewannen man von Seiten der Regierung den Reichstag in die Rolle des dummen Jungen hinein. Um nun bei der „Reichstagssparte“ nicht anzutreffen, wurde dann später die „Friedenstaats-Lösung“ geprägt, d. h. die Regierung ließ sich nachträglich bestätigen, daß sie recht gehandelt hatte. Leider fand sich auch vegetabilisch eine Reichstagsschweinheit, die sich zu greuen Haustiere der Regierung herabgraduierten und sich auch er als F-a-S-Sager am wohltätigsten. Das Votumtag hat sich nun dieses Romödiespiels in der Budgetkommision des Reichstages wiederholt. Die Regierung brachte ein Indemnitätsgesuch ein, das sich auf den Aufstand in Ostafrika bezog. 1998 050 Mr. außerordentliche Ausgaben sind hierfür entstanden, die jetzt nachzubewilligen sind. Da der Hauptzweck ist dieses Geld natürlich schon verpolvert. Unterstaatssekretär T. M. e. bemühte sich, nachzuweisen, daß außer- und überstaatliche Nebenschreitungen gesetzlich zulässig seien; die Regierung setzt sich aber bis zur Verantwortung bewußt und greift nur im äußersten Notfalle zu Staatschreitungen. Als der ostafrikanische Aufstand im August vorigen Jahres ausbrach, ist erstmals die Einberufung des Reichstages erwogen. (?) Jedoch ist die Regierung gar nicht instand gewesen, ziffermäßig haltbare Unterlagen über die Kosten zu geben, die die Niederwerfung des Aufstandes bedingen. (?) Außerdem habe schnell gehandelt werden müssen, um diesen Ausdehnung zu verhindern. Daher habe die parlamentarische Behandlung nicht abgewartet werden können. Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe nahm auf die dem Reichstag zugängliche Declaratio des Gouverneurs über den Aufstand Bezug und erklärte: Die Ursachen sollen genau untersucht, wo nötig Abhilfe geschaffen werden. — Abg. Müller-Sagen wies darauf hin, daß die Überschreitungen des Staats allgemeinlich werden. — Abg. Stagge: Die Klagen über Staatsüberschreitungen seien voll berechtigt aber zwecklos; denn die Reichstagsmehrheit habe die Regierung so an die Erstellung der Indemnität gewöhnt, daß die Regierung überzeugt ist, sie wird jeder Nachtrag genehmigt. Die Berichtigungen der Regierung, sie wolle das Budgetrecht des Reichstages nicht einschränken, widersprechen nur zu oft den Tatsachen. Im vorigen Sommer habe die Regierung genauso gewußt, daß nicht nur für Ostafrika, sondern auch für Südwestafrika weitere Kredite notwendig sind; trotzdem ist sie den Reichstag nicht zusammen, sondern sie somit das Budgetrecht des Parlaments aus Zweckmäßigkeitsgründen. Dagegen müssen entschieden Einspruch erhoben werden. Solange der Reichstag sich gegen die immer zahlreicher werdenden Indemnitäts-forderungen nicht widerstandsfähiger zeigt, kann eine Besserung nicht eintreten. Das Zentrum folgte die Taktik, durch den Abg. Grzberger jedesmal einen Sturm zu entfachen, der kurz vor der Entscheidung plötzlich ausgelöscht werde. Was die Kolonialbohnen anbelange, so verlangte die Sozialdemokratie, daß die Leute, die von diesen Bahnen den Vorteil haben, auch die Kosten aufzutragen. Wenn nicht eine Kolonialbahn? Von der Verantwortung dieser Frage hängt für die Sozialdemokratie, unbeschadet ihrer prinzipiellen Stellung zur gegenwärtigen Kolonialpolitik, in erster Linie Ihre

Gestaltung ab. — Abg. Südkum besprach die Declaratio des Gouverneurs, die statt einer Reichstagsitzung eine Unfallgeschäft geworden sei. Der Bankrott des heutigen Reichstagsystems sei offenkundig. Beweisarbeit, die von untergeordneten Dingen erzwungen worden ist, erscheint sogar auch von Missionen, Bedrückung und Belästigung der eingeborenen verläuft, bildet die Ursache des Aufstands, der schon in Jahresfrist vor seinem Ausbruch prophezeit wurde. Über der Herr Gouverneur will nichts geahnt noch gewußt haben. Das sei entweder kaum glaublich oder sehr charakteristisch. Unterstaatssekretär T. M. e. verteidigte nochmals die Regierung. Es verhältlich und beweiste nichts, spricht vielmehr entweder ganz offen oder gar nicht. Die Regierung habe im vorigen Sommer dem Reichstag keine Auskunft geben können, weil sie selbst nichts Näheres gewußt habe, als was die amtlichen Telegramme aus Ostafrika an Informationen enthielten. Die Abg. Pascare, Spahn, Kreidt und Brinck von Aremberg sprangen der Regierung auf, jedoch das Budgetrecht des Reichstags, so meinten sie, wollen sich sie gewußt wissen, stimmen aber für die Indemnität trotz der Verleihung des Budgetrechts. Die „Indemnität“ wurde also schriftlich allein gegen die Stimmen der Sozialdemokratie erzielt!

Bald so, bald so, wie's treff! Was man von den Behauptungen der sogenannten liberalen Presse, sie sei unter keinen Umständen für eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts zu haben, halten muß, dafür reicht das Mofizische „Berliner Tageblatt“ einen sprechenden Beweis. In einem Artikel über den „roten Sonntag“ heißt es u. a.:

„Keinen Pardon aller Rückwärtser, die das Reichstagswahlrecht lieber heute als morgen beiseitigen möchten!“

Und wenige Tage später ist in demselben Blatte folgendes zu lesen:

„Urteilt man das Reichstagswahlrecht nach dem Erfolg, so zeigt sich sicher auch kein Ideal. Zweifellos ist es nicht die Ansicht der Nation in ihren besten Männern in Wissenschaft, Kunst, im Geiste und Verlebtschön, in öffentlichen Stellungen, die sich im Reichstag vertragen. Selbst hervorragende Männer, die unnahmeliweise dahin gelangen, fühlen sich unter dem Druck der die Situation begierdehaften geistigen Veränderung. Bestensfalls eine Sammlung von Lokalgründen. Dem entsprechend nach allgemeiner Annahme Macht und Ansehen des Reichstages. Was würde es nützen, das unbedeckte herüberzunehmen? Man sollte etwas anderes versuchen.“

Zimmer mehr muß sich angehts eines solchen Verhaltens die „liberalen“ Presse jedem denkenden Menschen die Überzeugung aufzudämmern, daß nur die Sozialdemokratie die einzige zuverlässige Wahlerin und Hüterin dieses wichtigsten Volksrechts ist!

Ein skandalöser Vorfall. Die „New York Times“ meldet aus Galveston, daß die Polizeihörden das deutsche Schulschiff „Großherzogin Elisabeth“ bis auf weiteres beschlagnahmen. Nach dieser Meldung habeobachtet die Bundesbehörden das Fahrzeug längere Zeit und stellten fest, daß unverzollte Waren, namentlich Spirituosen in großer Menge an Land geschwungen wurden, daß die Offizielle darum wisszen mußten. Da die einstweilige Beschlagnahme erfolgte, wurden 300 Weinfässchen ausgesondert. Die Sache ist um so peinlicher, da das Schiff ungewollt gefilzt aufzutun wurde. Des Weiteren standen 400 Flaschen Wein und Likör an Schankwirte in Galveston verkauft worden sein. Eine Ladung mit 300 Flaschen Wein war gerade von der Schiffssseite abgeführt, als ein auf der Lauer liegender Inspektor das Schiff mit Beschlag belegt und alle Getränke konfiszierte. — Sollten diese Meldungen zutreffen, dann beweisen sie, daß in unserer Marine vieles faul ist.

Der ostafrikanische Aufstand soll nach mehreren Meldungen deutlicher Hoffnungen zunächst vollständig unterdrückt sein. Die entstandenen Mannschaften sollen zurückgeordnet werden. — Hoffentlich hält nun der Friede auch an.

Ein Schuhhandel ist perfekt. Die Zustimmung des Zentrums zur Errichtung eines selbständigen Kolonialstaates mit einem Staatssekretär an der Spitze ist nun mehr gesichert, sodass die betreffenden Staatsforderungen zur Annahme gelangen werden.

Aus der württembergischen Kammer. Donnerstag war ein bedeutamer Tag in der Geschichte des schwäbischen Parlamentarismus. Es tönte im Halbmondsaal der Kampf um das Budgetrecht. Die Vertreter des ritterlichen Adels, welche durch die Verfassungsreform aus der zweiten Kammer heraus- und in die erste Kammer hinaufbefördert werden, versuchten mit unerwarteter

Gähigkeit die Forderung der Eisen Kammer, ihnen gegen den bisherigen Rechtszustand das Mitwirkungsrecht bei der Gestaltung des Staatshaushutes, der Aufnahme von Anleihen und Veräußerung von Bestandteilen des Kammerguts zugesprochen. Sämtliche Parteien wehren sich gegen eine solche Summung und so kam es nach Ablehnung dieses Sonderwunsches der Ritterbank und unter großem Beifall des vollbesetzten Hauses und der Tribünen zur entscheidenden Stuhlabstimmung über das ganze Wahlrechtsgesetz, das mit 69 gegen 20 Stimmen angenommen wurde. Das Ergebnis wurde mit Beifall und Handklatschen weggenommen. Gegen das Gesetz stimmten das Zentrum und zwei Mitglieder der Ritterbank. Die Sozialdemokraten gaben zu ihrer Abstimmung eine Erklärung ab, in der es heißt, daß sie trotz der schweren Bedenken gegen die Beibehaltung und Zusammenhang der Eisen Kammer dem Entwurf zugestimmen, weil durch ihn die Zweite Kammer den Bedürfnissen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Volkes entsprechend in eine reine Wollkammer auf Grund des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts verwandelt werde. — Nunmehr geht das Gesetz an die Kammer der Standesherren.

Agrarische Frechlinge. In der Konferenz der Vorstände der preußischen Landwirtschaftskamern wurde die Einführung eines Zolls für Milch von 4 Mark und für Rahm von 10 Mark pro Doppelzentner befürwortet; dagegen wurde gegen die geplante Erbschaftsteuer als eine neue schwere Belastung des Grundbesitzes entschieden protestiert. Ferner sprach sich die Konferenz dafür aus, daß der gewerbsmäßige Betrieb des Handels mit ländlichen Grundstücken unter Aufsicht zu stellen sei. — Man muß schon Agrarier sein, um die Freiheit zu besitzen, in der heutigen teuren Zeit noch mit Vorhängen auf Einführung eines Milchzolls zu kommen. Das diese Herren nicht für eine Geschäftsführer zu haben sind, ist manigfach bekannt. Sie wollen nur aus der Haut des Volkes Riesen schneiden, selber aber dabei völlig ungeschoren bleiben!

Preußen im Russland voran! Den Fällen Pernerstorfer, Jaures, Nieuwenhuis, Taag hat die preußische Polizei soeben einen angereicht — den Fall Semenoff. Genosse Semenoff ist ein bekannter russischer Schriftsteller, der sonst im galilischen Paris lebt, sich aber dieser Tage einfallen ließ, im ungünstigen Berlin zu erscheinen — auf Einladung von Freunden —, weil er am letzten Mittwoch einen öffentlichen Vortrag in russischer Sprache über das Thema: „Die russische Freiheitsbewegung und die öffentliche Meinung Frankreichs“ halten wollte. Semenoffs Freunde hatten aber die Rechnung ohne den Wirt, den unwilligen Polizeipräfekt von Berlin, gemacht, als sie sich einredeten, ihr Gast werde unbehelligt in Berlin verweilen können. Auf administrativem Wege — ganz wie in Russisch-Russland — wurde Semenoff aus Preußisch-Russland verbannt. Man war so gütig, ihm 24 Stunden Hintersicht bis zur Abreise zu gewähren. Das wenigstens bringt die preußisch-Borussiaische Gaffreundlichkeit noch so mit sich. Der Bewiesene hat aber einen halben Tag früher den Berliner Stand von seinen Pantoffeln geschüttelt. — Natürlich wird der Anwalt des „Lästigen“, Genosse Lieblinck, den Versuch machen, unter Benutzung der für solche Fälle gegebenen mehr als kümmerlichen Rechtsmittel, die Sache des Verüstigten zu führen. — Wie aber im Gegensatz zu unseren modernen Durchschnittsbürgern ein Kulturträger Schrift wie die des Berliner Polizeipräfektur beurteilt und empfindet, das wollen wir zum Schlus mit Hilfe des Briefes zeigen, den Semenoff dem „Vorwärts“ sandte und den wir in wortgetreuer Übersetzung aus dem Französischen hier wiedergeben:

Berlin, 31. Januar 1906.

Genossen! Die Polizei bleibt sich überall gleich. Die Ewigie hat mir soeben die Ehre erwiesen, mich auf Erfüllung der Gardepolizei aus Berlin auszuwählen, wo ich ein paar Tage als einfacher, friedlicher Bürger zugebracht habe.

Ich hatte es übernommen, vor einer russischen Zuhörerschaft einen russischen Vortrag zu halten. In dem Augenblick, da ich das Podium besteigen will, werde ich von Kriminalpolizisten „eingeladen“, sie bis zum nächsten Polizeibureau zu „begleiten“.

Dort las mit noch kurzen Verhören ein — übrigens sehr höflicher — Beamter den Ausweisungsbefehl vor, demzufolge ich das Gebiet Preußens binnen 24 Stunden zu verlassen hätte, widerwiegfalls die Folgen des Artikels 361 eintreten würden. —

Das war alles — aber gerade genug, nicht wahr? Man ließ mich laufen, und ich konnte ruhig meinen Vortrag halten vor einer Versammlung, die so freundlich und so geduldig war, wie anzuhören.

Ich für meine Person habe dem nichts hinzuzufügen. Aber ich lege Wert darauf, Euch, Genossen, diese unglaublichbarbare Handlung einer Regierung zu melden, die sich „abilisiert“ nennt und doch nur der ergebene Diener des Zarismus ist.

Mit brüderlichem Parteigrüß

Euer
E. Semenoff.

Dänemark.

Ein Justizskandal und seine Folgen. Im Jahre 1898 wurde ein armer, brüderlicher Dienstleicht unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet und nach 13 monatiger Untersuchungshaft, in welcher ihm durch inquisitorische Pein ein Geständnis abgepreßt worden war, zu acht Monaten Bachthaus verurteilt. Die erlittenen Quälungen hatten auf den jungen Burschen aber so eingewirkt, daß er ins Irrenhaus gebracht werden mußte. Das Obergericht sprach ihn nunmehr wegen Unzurechnungsfähigkeit frei. Jetzt, nachdem 6 Jahre verflossen sind, hat sich vor einiger Zeit der wirklich Schuldbige, ein Landstreicher, selbst gestellt. Seiner Untersuchungsrichter, der den Dienstleicht so gepeinigt hatte, versuchte nun, den mittlerweile wieder gesund gewordenen Dienstleicht mit 100 Kronen Entschädigung für die unzählig erlittene Untersuchungshaft auszuspielen. Der „Sozialdemokrat“ hat diesen neuen Justizskandal aber aufgedeckt und sorgte auch dafür, daß dem Mannen wenigstens eine annehmbare Vergütung ausgesprochen wurde. Vergütung für unzählig erlittene Untersuchungshaft wird nach dem geltenden Gesetz nur dem gewährt, „wenn nach dem Ergebnis der Untersuchung anzunehmen ist, daß der Verhaftete unschuldig ist.“

also nicht, wenn einer wegen Mangel an Beweisen freigeslassen wird. Ferner fällt die Vergütung auch dann fort, „wenn der Befreitende durch sein Verhalten Anlaß zur Verhaftung gegeben hat“. Unsere Parteigenossen im Volkshaus haben nun, veranlaßt durch die neuen Justizkandal, Vorschläge zur Änderung jenes Gesetzes eingereicht, wonach diese beiden Einschränkungen des Rechts auf Vergütung für unzählig erlittene Untersuchungshaft gestrichen werden sollen. Ferner verlangen sie, daß der Staat verpflichtet werde, Richter, die sich in solchen Fällen eines Missbrauchs ihrer Amtsgewalt, einer Fahrlässigkeit oder andern unverantwortlichen Verhaltens schuldig gemacht haben, für die Vergütung erschöpflich zu machen. Sicht hat der Staat nur das Recht dazu, aber von diesem Recht ist eigentlich niemals Gebrauch gemacht worden. Noch dringender notwendig ist natürlich eine gründliche Reform der gesamten Rechtspflege seit. Ein Entwurf dazu liegt vom Reichstag schon seit dem Jahre 1901 vor. Über hat es aber das Landestheater bis jetzt fertig gebracht, diese Angelegenheit zu verschleppen. Vielleicht traut nun dieser neuzeitliche Justizkandal wesentlich dazu bei, die konserватiven Herrenhäuser zu etwas größerer Eile anzutrieben.

Rußland.

Die Görung unter den Matrosen des Schwarzen Meeres. Geschwaderbauert fort. Zwei Offiziere, einige Matrosen und 4 Mitglieder des Revolutionskomitees wurden neuerdings festgenommen.

Die Reaktion wütet. Aus Tschernjow wird gemeldet: Drei Tage haben die Verhandlungen des Militärgerichts gegen die Attentäter des Gouverneurs Chwostow gedauert. Die Personalien der Hauptattentäter, eines Mannes und einer Frau, konnten nicht festgestellt werden. Das Urteil lautete auf Todesstrafe durch den Strang. Der dritte Angeklagte wurde zu 10 Jahren Bachthaus verurteilt.

Nicolaus verspricht schon wieder einmal. Der Kaiser hielt beim Empfang einer Bauerndeputation aus dem Gouvernement Kursk eine längere Ansprache, in der er erklärte, die Reichsduma werde einberufen und mit ihm gemeinsam beraten, wie die Bedürfnisse der Bauern am besten zu befriedigen seien. Die Bauern könnten auf ihn rechnen, er werde ihnen helfen, doch betone er, daß das Eigentumsrecht unantastbar sei.

Hungerstreik in russischen Gefangenissen sind an der Tagesordnung. Sowohl in Mostau wie in den Petersburger Gefangenissen „streiken“ die Inhaftierten, weil man sie schlecht behandelt. Sie beschweren sich besonders über Verletzungen seitens der Beamten und Mißbehandlung der gesetzlichen Vorschriften durch dieselben. Die Angehörigen der freiwillig hungrenden Gefangenen machen den Behörden dringende Vorstellungen, um sie zur Abänderung der unerträglichen Zustände zu veranlassen.

Gegen Demokraten helfen nur Soldaten. Die erste Nummer des jetzt freigegebenen „Ruf“ bringt eine geographische Karte unter dem Titel „Russland vom 9. Jan. 1906“. Mit drei verschiedenen Schraffuren sind die Dörte im „verstärkten Schutz“, „außerordentlichen Schutz“ und im „Kriegszustand“ bezeichnet. Die einen immer etwas dunkler wie die anderen. Ein flüchtiger Blick leuchtet, daß es in ganz Russland fast keine lichte Stelle mehr gibt. In den Gebieten der Grenzländer, Polen, baltischen Provinzen, und Kaukasien steht es am stärksten aus, über sie alle hat die überale Regierung des Herrn Witte den Kriegszustand verhängt. Von den Repressalien ausgenommen sind nur einige wenige nördliche Gouvernements wie Archangelsk, Wologda, die indes so dünn bevölkert sind, daß man von dorther keinerlei Gefahr erwartet. Auf dem ganzen übrigen Russland aber lastet der Druck der Ausnahmegesetze; wahrscheinlich erwartet man davon eine günstige Einwirkung auf die Dumawahlen: wer nicht regierungstreu wählt, verfällt dem Standrecht . . .

Italien.

Das Kabinett Fortis gestürzt. Am Donnerstag wurde in der italienischen Kammer ein beantragtes Vertrauenstrotum für die Regierung mit 221 gegen 188 Stimmen nach einer stürmischen Debatte über die Politik der Regierung abgelehnt. Nach nur kurzer Lebensdauer ist nun auch dieses Kabinett gestürzt. Man erwartet nunmehr ein Koalitionsministerium Sonnino-Villa mit konserватivem Reformprogramm.

Frankreich.

Infolge literarischer Aufhebung kam es in Paris anlässlich der Judenturaufnahme in katholischen Kirchen zu heftigen Zusammenstößen zwischen Manifestanten und Militär. Die Folge war eine Interpellation in der Kammer, die mit einem mit 338 gegen 155 Stimmen angenommenen Vertrauenstrotum für die Regierung endigte. — Als dann gestern die Judenturaufnahme in einer katholischen Kirche fortgesetzt werden sollte, kam es wiederum zu heftigen Kämpfen, bei denen Barricaden errichtet wurden. Viele Manifestanten wurden verwundet.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 3. Februar.

Zugang von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!

Die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist am Montag abend von 8—9 Uhr geöffnet.

Bonkott-Uasinn. Das Amtsblatt bringt folgende Notiz aus Hamburg: Zum Bonkott gegen das Blinckmannsche Geschäft. Die Sozialdemokraten haben bekanntlich über den Geschäftsbetrieb des Bäckermeisters Herrn D. S. D. Blinckmann in der Bankstraße 79, der ein eifriger Verfechter der Wahlrechtsumgestaltung ist, den Bonkott verhängt. Um die dadurch entstandenen geschäftlichen Nachteile wieder auszugleichen, sucht der Wirtschafts-Schutzverband andere Kundsthaft für Herrn Blinckmann heranzuziehen. Er versendet an die Bewohner von Hammerbrook und Billmärker Ausschlag Postkarten, die an Herrn Blinckmann adressiert, im Text um Zusendung seines Brotausträgers an die Unternehmer bitten. Die als Konkurrenz in Frage kommenden Bäckermeister haben auf die an sie vom Wirtschaftlichen Schutzverband ergangene Anfrage, ob sie gegen diese Maßnahme etwas einzumenden hätten, ihre Zustimmung erklärt. Auf die durch die Wahlrechtsbewegung

geschaffene Situation wirkt dieser wirtschaftliche Kampf ein heiles Schlaglicht. — Die Sozialdemokratie hat nicht im Traum daran gedacht, über Herrn Blinckmanns Geschäftsbetrieb den Bonkott zu verhängen. Das hätte ja auch mit Kantonen nach Spesen schließen. Wenn aber die arbeitende Bevölkerung aus eigenem Antriebe Herrn Blinckmanns Geschäft nicht in Anspruch nimmt, so darf sich Herr Blinckmann selbst darüber nicht wundern. Wenn Herr Blinckmann den Arbeitern das Wahlrecht rauben hilft, weil die Arbeiter sozialdemokratisch wählen, dann ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter in seiner Wirtschaft nicht berauben, weil er zu den Wahlrechtsräuber gehört. Das ist eine logische Konsequenz, daß sie nur der W. Sch. nicht zu begreifen vermag. Die Sozialdemokratie hat da garnicht nötig, einen Bonkott zu verhängen, denn das hieße der Persönlichkeit des Herrn Blinckmann willkürlich zu viel Bedeutung beilegen.

Die Entziehung der arbeitenden Bevölkerung Hamburgs wird auch von anständigeren bürgerlichen Zeitungen schief genehmigt. Welcher rechtlich bedeute Mensch könnte es wohl gutheißen, wenn man eine große Bevölkerungsklasse minderen Rechts inacht nur aus dem einzigen Grunde, weil sie arm ist. Hier im Lübeck blieb es dem „vornehm“ geleiteten Amtsschalt, daß warm für den Brotwucher, den Duellmord, sowie für die Vernichtung der Presse- und Versammlungsfreiheit eintritt, vorbehalten, den Hamburger Wahlrechtsrauber zu verhöhnen. Der Ekel, der bereits anlässlich der Lübecker Wahlrechtsbeschließung über das traurige Verhalten dieses nationalliberalen Organs in weiten Kreisen empfunden wurde, wird noch gesteigert, wenn man folgendes über die Hamburger „Wahlreform“ liest:

Trotz des Wutgeheuls der Sozialdemokratie, trotz der Skandalmacher in den Blättern, die sich toller noch als die Sozialdemokratie selbst gebärdeten, haben die verantwortlichen Vertreter der Hamburger Bürgerschaft ihre Sicht getan, auf gesetzähnliche Weise die Machtgelüste der Partei, die auf ihre Fahne den Klasseklampf geschrieben hat, niedergurten. Alle Register des phrasenhafsten Dogmatismus wurden von der bürgerlichen Demokratie und ihren abonnenten hungrigen Brethorganen aufgesogen, um die „Wahlrechte“ in Grund und Boden zu verdorren, um die Kunst der breiten Massen wurde mit der Sozialdemokratie um die Wette gebuhlt — alles vergeblich. Die Ereignisse vom 17. Januar im Schopenstahl zu Hamburg haben eine eindringlichere Sprache gesprochen und sicherlich etwa noch schwankend gewesene Elemente im bürgerlichen Lager zu der Sache der Ordnungsparteien befehlt.

In diesem „vornehm“ Ton geht es noch eine zeitlang fort. Niedrige Verkleidungen und grobe Beschimpfungen lösen einander ab. Dabei muß man bedenken, daß der Schreiber des Amtsblatt-Artikels vor gar nicht allzulanger Zeit selbst zu der von ihm verläßten bürgerlichen Demokratie gehörte und eines ihrer abonnenten hungrigen Brethorgane redigierte. Natürlich, die „vornehme“ Gesinnung eines Mannes legt sich über solche Kleinigkeiten leicht hinweg. Erinnern wollen wir nochmals daran, daß die Ereignisse am Schopenstahl, die angeblich schwankenden Elemente zur Sache der Ordnungsparteien befehlt haben sollen, direkt unmehr oder übertrieben im Amtsblatt geschildert worden sind, ohne daß man es heraus für richtig gehalten hat, der Wahrheit, wie sie aus den amtlichen Berichten hervorging, die Ehre zu geben. Wie teilweise in wirklich vornehm Kreisen die Wahlrechtsräuber beurteilt werden, mag man aus folgender Episode entnehmen, die wir im „Hamb. Echo“ lesen: Bei Kempinski (vornehmes Weinrestaurant in Hamburg) fingen gestern (Mittwoch) abend die Vertreter des Senats beim Wahlrechtsrauber in der Bürgerschaft und begossen den „Sieg“. Ein hiesiger Kaufmann, derselbe, dessen „Englands“ gegen die Wahlrechtsräuber Herr Nohde gestern abend aus dem „Echo“ zitierte, trat an einen der Herren, den berühmten Statistiker, heran und erkundigte sich nach dem Ergebnis der Abstimmung. „Die Verfassungsänderung ist angenommen und damit die Wahlrechtsvorlage des Ausschusses gesichert“, lautete die Antwort. „Und wie ist das Stimmenverhältnis?“ „120 gegen 36!“

„Und danke Ihnen! Da will ich doch sehen, ob ich einen der 36 anständigen Herren treffe!“ Sagte es und empfahl sich den verdutzt dreinschauenden Senatskommissaren. Dieser Vorfall beweist, daß doch noch nicht im ganzen Bürgertum das Rechtsgefühl erstickt ist. Die gut bürgerliche „Neue Hamburger Zeitg.“ hatte nach dem Gelingen des Wahlrechtsraubes geschrieben: „Fast könnte ein wirklich liberaler Mann zur Stunde sich schämen, ein Hansa zu sein!“ Zweifellos ein wahres Wort! Das Amtsblatt sucht denselben dadurch zu begegnen, daß es bemerkt, jedem, der nicht Parteianhänger ist, müsse darüber ein initleidiges Lächeln überkommen. An dieses müdeleidige Lächeln glaubt kein vernünftiger Mensch. Zum Schlus schreiben die „Lübecker Anzeigen“: „Und wenn dasselbe Organ (gemeint ist die „St. Hamb. Zeitg.“) mit Bathos ausruft: „Nicht Ruhe, nein Kampf wird in der neu geschaffenen politischen Ära die Parole sein! Kampf und nochmals Kampf um die kommunal-politische Gleichberechtigung!“ so antworten wir mit einem andern Schlachtruf: „Nicht Ruhe, sondern Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre Begünstiger!“ Armer Don Quijote! Leute, die nur durch brutale Gewalt Gegner niederringen wollen, eignen sich gerade zu kämpfern gegen eine geistige Bewegung! Wenn man dann noch die traurige Rosinante, das Amtsblatt, betrachtet, auf welcher der Ritter von der traurigen Gestalt die Sozialdemokratie kämpfen will, so kann man nur herzhaft lachen. Der Kampf dürfte übrigens ein sehr ungleicher werden. Auf der einen Seite ein kleines Häuslein begütterter Leute, die mit allen Waffen der Ungerechtigkeit dem Gegner entgegenreiten; auf der anderen Seite die große Masse des Volkes, das im unerschütterlichen Vertrauen auf die Gerechtigkeit seiner Sache für seine Gleichberechtigung kämpft. Darum wird es heißen: „Wir uns das Volk, mit uns der Sieg!“

Lohnbewegung der Maler. In der am Donnerstag den 1. Februar stattgefundenen öffentlichen Malergetallen-Versammlung wurden gegen 3 Stimmen die Vorschläge der Vertreter der Innung abgelehnt. Vorgebrachte waren von denselben, den Lohn von 52 Pf. für die jungen Kollegen (bis zum 21. Jahr) bestehen zu lassen, und den älteren eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde zu gewähren. Diese Bestimmungen sollten gelten vom 1. April 1906 bis zum 31. Dezember 1909, also 3½ Jahre. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Gehaltsenkung Lübecks nimmt mit Bedauern Kenntnis davon, daß die Verhandlungen der Kommission zu seinem Ziel führen, da unsere Vertreter solch minimalen Zugeständnissen ihre Zustimmung nicht geben können; um so mehr, als diese Festlegung 3½ Jahre Gültigkeit haben sollte! Die Versammlung erwartet vielmehr, daß die Innung in einer einzuberufenen Innungsversammlung den Ge-

Kollegenvertretern Gelegenheit gibt, um dort die Wünsche der Kollegenschaft in genügender Weise zum Ausdruck bringen zu können.

Arbeitssekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Januar auf 767, die der Besucher auf 807. Davon kamen in derselben Sache wiederholte 98 Personen. Auskünfte wurden erteilt 787, darunter nach auswärtig schriftlich 19. Von den Besuchern waren organisiert 436 Personen, und zwar gewerkschaftlich 286, politisch 28, gewerkschaftlich und politisch 122. Unter den verbleibenden 371 Nichtorganisierten befinden sich 91 Angehörige von Organisierten und 109 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 613 männlich, 193 weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer 631, deren Angehörige 185; selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. c. 81, deren Angehörige 8; Organisationen 2. In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 652 Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 10, Oldenburg 68, Mecklenburg 19, Preußen 2 und sonstwo 4. Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 171, Arbeits- und Dienstvertrag 91, bürgerliches Recht 338, Strafrecht 34, Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 95, Arbeiterbewegung 7, Privatversicherung 5, Handels- und Gewerbejachen 10, Verschiedenes 46. Von den Auskünften machten 135 die Ansertigung von 143 Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 46 sonstige Briefe und Postkarten. Eingangen 118 Postsendungen. Der 2. Januar zeigte mit 55 die höchste, der 27. Januar mit 11 die niedrigste Besucherzahl.

Gewerkegericht. Die bei dem Bauunternehmer Ströger beschäftigten Maurer H. und B. wurden am 27. Januar von ihrem Arbeitgeber entlassen, und zwar wurde ihnen die Entlassung nicht, wie es überall im Baugewerbe üblich ist, mindestens eine Viertelstunde vor Beendigung der Arbeitszeit mitgeteilt, damit sie sich ihr Handwerksgeschirr rechtzeitig aufzumischen könnten, sondern erst am Schluss der Arbeitszeit. Da mit diesem Zeitpunkt zugleich die Unfallversicherung aushört, so gingen H. und B. ohne ihr Gefährt vom Bau, kamen jedoch am Montag wieder, um ihr Werkzeug zu holen und verlangten für diese Zeitversäumnis eine Entschädigung von 1,14 M. Ströger hat ihnen dann das Betreten des Hauses verboten, so daß das Geschirr noch jetzt dort liegt. H. und B. klagen nunmehr gegen ihren früheren Arbeitgeber auf Zahlung von 1,14 Mark sowie auf Entrichtung des früher vereinbarten Lohnes für die Zeit, während welcher ihr Geschirr auf dem Bau lag. Obwohl das Gericht der Ansicht war, daß der Beschuldigte gegen die allgemein üblichen Vereinbarungen verstößen hat, so kam es doch nicht zu einer Verurteilung, weil nach seinem Ermessen die Kläger am anderen Tage ihr Geschirr hätten suchen können. Wäre ihnen dabei ein Unfall eingestochen, so stand es ihnen zu. Ströger darf höchstfertig zu machen. — Der Arbeiter H. erhielt am 13. Januar von seinem Prinzipal, dem Spediteur F., gefündigt. Am 22. Januar befand H. statt seines vereinbarten Lohnes von 20 M. nur 18 M. ausgezahlt, und zwar wurde ihm erklärt, daß 2 M. für die Beschädigung eines Wagens abgezogen seien. Als H. sich hiermit nicht einverstanden erklärte, sagte der Arbeitgeber, er möge sich zum Teufel scheren. H. ging nun zwar fort, aber nicht zum Teufel, sondern zum Gewerkegericht und klage gegen F. in dessen Neuerung er seine sofortige Entlassung erblieb, auf Zahlung von insgesamt 22 M. Im Vergleichswege zahlt F. dem Kläger 10 M.

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend hielt am Dienstag den 30. Januar im "Vereinshaus" seine ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Geschäftsbericht; 2. Erstwahl eines Aussichtsratsmitgliedes; 3. Antrag von 30 Mitgliedern auf Beitritt zur Unterstüzungskasse der Angestellten deutscher Konsumvereine; 4. Genossenschaftliches. Zum Aussichtsratsmitglied wurde Genosse Peterken gewählt. Der Geschäftsführer erstattete den Geschäftsbericht. Danach ist die Mitgliederzahl von 272 auf 291 gestiegen, und hofft der Vorstand, durch rege Agitation die Mitgliederzahl bald bedeutend zu erhöhen. Der Konsumverein ist ferner dem Revisionsverband deutscher Konsumvereine sowie der Gastpflicht-Versicherung beigetreten. Die Einnahme im abgelaufenen Bierteljahr betrug 10.547,79 M., die Ausgabe 10.063,03 M. mithin bleibt ein Kassenbestand von 484,76 M. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, in nächster Zeit im "Vereinshaus" und vor dem Holstenitor Versammlungen abzuhalten zwecks Gewinnung von Mitgliedern. Die Versammlung war sehr gut besucht; namentlich waren auch die Frauen stark vertreten. Man er sieht daraus das Interesse, welches dem Konsumverein entgegengebracht wird. Seine Mitgliederzahl ist ständig im Steigen begriffen, da man die Vorteile, die derselbe bietet, in den Kreisen der Arbeiter immer mehr und mehr erkennt.

Oberitalien, eine Wanderrung am Garda-See ist es, welche uns in dieser Woche mit recht interessanten und wohlgelungenen Aufnahmen im Kaiser-Panorama vorgeführt wird. Der Garda-See, der als der schönste der italienischen Alpenseen bezeichnet wird, ist berühmt durch die unübertroffenen reizenden und großartigen Landschaftsbilder seiner Ufer. Ohne Zweifel ist diese Serie höchst sehenswert und der Besuch zu empfehlen. Wir heben aus dem Programm als besonders beachtenswert hervor: Die Ponale-Schlucht, Gelsen-Szenerie bei Tremoline, Toscolano-Schlucht. Am Eingang zur Barbarano-Schlucht, der Borghese-Palast auf der Gardasee-Insel, St. Vigilio am Garda-See, die graskarrierte Cypressen-Allee bei St. Vigilio, malerische Ortschaft Morgnaga, Olivenwaldung u. c. Der Cyillus ist ganz neu und wurde hier noch nicht ausgestellt.

Betriebsunterbrechung. Der Betrieb der elektrischen Bahn (Holstentorlinie) erlitt Freitagabend eine kurze Unterbrechung. Bei der Kreuzung Fackenburger-Schwarzer Allee hatte sich das Stad der Führungsschiene eines Wagens zwischen den Leitungsdrähten fest eingeklemmt.

Den vereinten Bemühungen der Schaffner gelang es schließlich, daß Führungsschiene wieder auf den richtigen Draht zu bringen.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am Montag stattfindet, wird sich zunächst mit der Statutenberatung zu beschäftigen haben. Dann wird Reichstagsabgeordneter Genosse Schwartz einen Bericht über die gegenwärtige politische Situation halten. Bei der Wichtigkeit der Verhandlungsgegenstände ist ein zahlreiches Erscheinen der Genossen dringend notwendig.

Schiffstrandung. Der Lübecker Dampfer "Ludwig",

mit einer Kohlenladung von England nach Lübeck unterwegs, strandete nachts bei Gardeboe. Die Besatzung wurde gerettet.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbüro schreibt man: Sonntag nachmittag gelangt bei kleinen Preisen. Der Schwanenstrich, Lustspiel in 4 Akten von Schönhan zur Aufführung. Abends 7, Uhr wird "Die Faust", große Oper in 5 Akten von Halevy, in sorgfame Einstudierung und prächtiger Inszenierung zur Darstellung kommen. Das seit langem mit Spannung erwartete Schauspiel "Ambrós der Hirte" von Robert Kirchmair wird am Montag, abends 8 Uhr, zum erstenmale in Szene gehen. Dienstag gastiert Fr. Villi Herling, die hier noch in bestem Andenken stehende und allzeit beliebte Sängerin in "Carmen".

pb. Gestohlene Garderobe. Ein Arbeiter brachte zur Polizei, daß ihm aus der Garderobe eines hiesigen Vergrüßungskollegs in der Nacht vom 27./28. 9. M. ein schwäzer Wintermäntel mit schwarzen Sammelkragen und grauem gestreiften Futter abhanden gekommen und vermutlich gestohlen sei. Im Futter befindet sich ein gelbes Monogramm H. W. In der rechten Brusttasche steckte eine schwarze ledernen Zigarettenhülle und in einer Seiten tasche ein Paar schwarze Damenhandschuhe und ein blauer Kragschoner. Aus derselben Garderobe wurde auch ein Herren-Zigarettenhülle mit Eichenholzstück gestohlen.

pb. Fahrraddiebstahl. Einem Laiusbrüder wurde gestern vor dem Hauptpostgebäude ein Fahrrad Marke "Stoer" mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen und einer im Rahmen befestigten mit der Firma "Karl Ritter" versehenen Tasche gestohlen. Das Rad trug die vom Polizeiamt geleserte Kennzeichnung 7815 und die Fabriknummer 31028.

Einem und aus Abonnentenkreisen zugegangenen Wunsche folgegebend, teilen wir hierdurch mit, daß unsere Austräger resp. Austrägerinnen angewiesen sind, im Laufe dieses Monats die Abonnementsgelder für das 1. Quartal d. J. zu kassieren.

Verlag und Expedition des „Lüb. Volkes.“

Ehwardan. Kommunales. In der letzten Gemeinderatssitzung am Donnerstag wurde der Bebauungsplan der Villenkolonie mit den von der Begegnung vorgeschlagenen Änderungen in weiterer Besprechung angenommen. Die Bahnhofstraße soll nach einer Regierungserfügung von der Gemeinde übernommen werden; dem wurde zugestimmt unter der Bedingung, daß die Regierung die Straße umfasst. Die Gemeinderechnung für 1903 wurde ebenfalls erledigt. Ein Antrag Stern und Gen. betreffend Straßenumänderung wurde der Begegnung überwiesen. Ferner wurde eine Regierungsbekanntmachung verlesen, aus welcher hervorging, daß der Gemeinderat nicht kompetent sei, zu beschließen, daß Wahlkuvets bei Wahlen eingeschürt werden. Bei einer Aenderung soll dieser Beschluss aber verwendet werden. Nachdem noch einige Steuersachen im Sinne der Antragsteller erledigt waren, wurde die Sitzung im 8 Uhr geschlossen.

Rostock. Über den Stand der Werftarbeiter-Ausspezung in Rostock wird uns geschrieben: In der letzten Zeit verlor die Direktion der Neptunwerft durch einen ihrer Meister Arbeitswillige aus den Reihen der Schiffbau zu bekommen, natürlich ohne jeden Erfolg. Es kürzten überdies in der Stadt allerlei Gerüchte über eine Beilegung des Kampfes, die daran scheitern sollte, daß die Führer der Arbeiter nicht verhandeln wollten. Daraufhin hat das Centralstreikomitee den einstimmigen Beschluss gefasst, die Bezirksteile der drei am meisten beteiligten Organisationen mit der Anhahnung von Verhandlungen zu beauftragen. Dies geschah. Die Antwort der Direktion aber lautete:

Rostock, 29. Januar 1906.
Herrn Hermann Rohrlack, 3. St. in Rostock,
Warnowhalle.

Wir haben Ihr wertes Schreiben vom 28. er. erhalten und müssen unserer Verwunderung Ausdruck geben, daß Sie mit uns über die Wiederaufnahme der Arbeit in Unterhandlungen treten wollen, die wir für vollständig überflüssig finden, da — wie Ihnen bekannt sein dürfte — wir bereits vor längerer Zeit in verschiedenen Unnötigen Schiffbauern, Schlossern und anderen Leute unserer Branche gesucht haben. Es steht daher jedem Arbeiter frei, bezüglich Arbeit bei uns anzutragen, doch bemerken wir, daß es sich zunächst um die Einstellung von Eisen Schiffbauern handelt.

Hochachtungsvoll
ges. G. Bart. F. Schinkel.

Wenn auch die Direktion in ihrer Antwort eine gewisse Stärke ihrer Position zu zeigen sich bemüht, so hat sie doch sofort sich selbst widerlegt, indem sie zur selben Stunde, in der sie den Brief schrieb, auch zwei Schiff-

bauer ersuchen ließ, ins Büro zu kommen, und mit diesen unterhandelte. Es wurde den beiden Leuten erklärt, daß sie gerufen würden, um ihnen Kenntnis zu geben davon, daß der Bezirksteil Rohrlack an die Betriebsleitung geschrieben habe, und daß die Betriebsleitung auch sofort eine Antwort ertheilt habe. Brief und Antwort (wie oben stehend) wurden den beiden Kollegen vorgelesen. — Der Herr Direktor Bark erklärte dann, daß diese Kenntnis den beiden Kollegen deshalb gegeben wurde, weil die Betriebsleitung sagen! Also Mißtrauen wollte die Direktion zwischen den Arbeitern und deren Führern haben! Außerdem aber sagten die Herren Direktoren, daß die Schiffbauern ja ruhig wieder arbeiten könnten, es wären eben nur die Gewahrselregeln nicht wieder eingefestigt. Es sei außerdem für die Direktion eine Kleinigkeit, hundert Leute aus dem Ausland zu bekommen, wenn sie es nur haben wollten. Sie könnte es aber ruhig noch ein Jahr lang mit ansehen. Das Ausstellen der Streitposten sei Kinderpiel, die Annoncen nach Schlossern usw. hätten sie aus Mitteid mit den Arbeitern erlassen, die keine Unterstützung erhielten! — Die beiden Kollegen haben, wie sich das von selbst versteht, der Direktion einfach erklärt, daß sie zu Unterhandlungen nicht kompetent seien, also auch keine Zusicherung irgendwelcher Art geben könnten. Aus dieser ganzen Unterredung in Verbindung mit dem Inhalt des Briefes an den Bezirksteil Rohrlack geht klar hervor, daß die Stärke der Position der Direktion mehr in der Einbildung liegt als in der Wirklichkeit. Das wird übrigens am besten durch folgende Tatsachen bewiesen: Begonnen hat der Kampf mit dem Streit der Schiffbauern wegen Tarifbruches durch die Direktion, Herausgabe der Preise für die Kohlenbunker und der Stoßzegeleien. Von den 52 Eisen Schiffbauern, die einmütig die Arbeit niedergelegt haben, ist noch nicht einer abtrünnig geworden. Es arbeiten als Schiffbauern nur 5 bis 6 Lehrlinge und Meister! Ohne Schiffbauern aber kann der Betrieb nicht arbeiten, das ist jedem Kenner klar. Was sollen die Kessel, die Maschinen, was die innere Einrichtung, wenn das Schiff der Klumpf nicht gebaut werden kann! Eben darum sucht ja auch die Betriebsleitung Schiffbauern! Glücklicherweise vergebens! Bis heute hat sich von Schiffbauern auch von außerhalb noch kein einziger Streitbrecher gefunden. Diese Tatsache kennzeichnet die Situation besser, als es noch ein halbes Dutzend Briefe und Tausend schöner Worte, an ein paar Schiffbauern gerichtet, tun werden. Und eben deswegen ist die Ausspezung auch erfolgt, weil ohne die Schiffbaueraufgaben alles andere entbehrt werden kann, mit Ausnahme von einigen Reparaturen, Aufräumungsarbeiten und Arbeiten für den eigenen Betrieb. Wie stotzt die Arbeit von staten geht, dafür dient als Beweis die Tatsache, daß ein Dampfer, der am 18. Dezember abgeleitet werden sollte, bis jetzt noch nicht fertig ist. Von den Ausgesperten haben bis jetzt auch nur die Unorganisierten sich wieder um Arbeit gemeldet, und ist der Zugang auch derartig ferngehalten worden, daß Fremde so gut wie gar nicht beschäftigt sind. Es ist also auch keine Gefahr, daß bei vollständiger Wiederaufnahme des Betriebes viele Opfer auf der Straße bleiben könnten. Nach dieser Sache konnten die Schiffbauern gar nicht anders handeln, als zu erklären, daß sie nur geschlossen, wie sie aus dem Betrieb gegangen sind, wieder hineingehen werden. Mit dieser Erklärung der Schiffbauern sind die Ausgesperten durchaus einverstanden, das ergab die letzte in dieser Sache abgehaltene Versammlung. Es handelt sich jetzt nach wie vor darum, den Zugang nach Rostock fern zu halten. Insbesondere darf kein Schiffbauer nach dort kommen.

Soziale Nachrichten.

Berlin. Eine Eisensuchtsfrage die hat sich am Donnerstag in Pankow bei Berlin abgespielt. Vor verlegte der Arbeiter Franz Gulikowski seine Witwe Marie Gulikowski, zu der er in Beziehungen stand, durch Beiliebe ich wer und er hängte sich dann an. Frau Gulikowski, deren Zustand sehr bedenklich ist, wurde nach der Charité gebracht.

Darmstadt. Die hiesige Strafammer verurteilte den Stationsassisten Brusart, der beschuldigt war, die Schuld an dem Eisenbahnunglück bei Kelsterbach am 6. November zu tragen, zu drei Monaten Gefängnis. Bei dem Unglück wurden ein Lokomotivführer getötet und fünf Reisende verletzt.

Wien. In der Allerheiligenkirche im Bezirk Neuhaus erlitt nachmittags während einer Kinderpredigt ein junger Mädel einen Stromlaufschlag. In der Umgebung des Mädchens entstand Unruhe, die rasch um sich griff und, als seitens eines Erschrecken der Pfarrer erstickt, in eine allgemeine Panik ausartete. Beruhigende Worte des Predigers verhalfen ungehört in dem allgemeinen Lärm. Kinder und Erwachsene eilten dem Ausgänge zu. Mehrere starben und die Nachfolgenden stürzten über sie hinweg. Ein 10jähriger Knabe wurde getötet; 21 Personen wurden schwer verletzt, davon 5 tödlich. 13 Personen trugen leichte Verletzungen davon. Die meisten Verletzten stehen im Alter von 10–14 Jahren.

Sternschanz-Blechmarkt.

Hamburg, 2. Februar 1906.

Der Schweinehandel verlief sehr lebhaft. Gegeführt wurden 1619 Stück, davon vom Norden — Süden, vom Süden — Süden. Preis: Sengelhirsche — Mt. 80 M., schwere 74—74½ Mt., leichte 72—74½ Mt. Sauen 68—71 Mt. und Ferkel 72—74 Mt. pro 100 Pfund.

Pierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Dem Tischler Joh. Nawrot ein donnerndes Hoch.

Ein Pogis zu vermieten

Schwartauer Allee 228 a.

Zu sofort oder 1. April eine Dreizimmer-Wohnung mit allem Zubehör.

Schwartauer Allee 228 (Wilhelmshoff).

P. 1. April e. geräumige Wohnung an ruhige Seite.

Koff 20

Zu vermieten 1 Wohnung, bestehend aus Wohn-, Schloßimmer und Küche sowie Stallplatz und einem Stückchen Gartenland (Schwartzau). H. Jacobsen.

Ein verm. ein Damen-Moskenuz.

Preis 2 Mt. Faltenplatz 7, pt.

Gesucht
ein Schuhmachergeselle.

Fünfhausen 14.

fünfzig Jahre.

W. Stark, Möbelgeschäft.

1 Scheiden- u. 1 Wurterschleife

zu verkaufen

Nichtingstraße 14, 1 Etage.

Wegen Aufgabe der Fucht: Kanarien-Zwerg-

hänie und Weibchen sowie 1 Dutzend Küxige

mit Gesangsstimmen billig zu verkaufen

Wiedeckstraße 66, 1. Etage.

Gesucht zum 1. Mai eine Wohnung im Pr. bis zu Mt. 180, am liebsten v. d. Burgtor.

Offerter unter W B an die Exped. d. Bl.

1 guterhalt. Fahrrad mit Freilauf und Rücktrittbremse 50 Mt.

1 guterhalt. Fahrrad mit Garantie 50 Mt.

1 sehr gutes Fahrrad mit 1 Jahr Garantie 50 Mt.

1 sehr gutes Fahrrad mit Garantie 50 Mt.

1 sehr gutes

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 29.

Sonntag, den 4. Februar 1846

13. Jahrgang.

Aus den Tiefen des Glends.

In den letzten Jahren sind die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Siziliens auch bisstets der Alpen mehr und mehr in den Bereich des öffentlichen Interesses gerückt, namentlich in dem Maße, in dem die vielfach grauenhaften Verhältnisse in den sizilianischen Schmelzbergwerken weiteren Berichten bekannt wurden. Inzwischen sind von einem sornigen Insellande mancherlei Bruchstücke über Leben und Leiden der Arbeiterbevölkerung zu uns gelangt. Über es schreibt an einem zusammenhängenden Artikel. Es ist ein Bericht von Dr. Werner, daß er in seinem vorzüglichen, vor kurzem erschienenen Werke über "Die Isolien Sizilien in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Beziehung" dieselben von den Arbeiterverhältnissen eine zusammenhängende Darstellung gegeben hat.

"Nirgends in ganz Europa" — so urteilt der Verfasser — "heißt ein solches Proletariertum wie in dem genannten, spärlich bewohnten Hinterlande." Das Glend der Landarbeiter, die Unkommenheit der Schmelzbergwerke, die Niedrigkeit der Löhne sind kaum zu beschreiben. In der Niedrigkeit der Löhne und der dadurch bedingten Lebensweise findet diese Tatsache ihren Ausdruck. Man hat zwischen Tagelöhnen und ständigen Arbeitern zu unterscheiden. Eine und in der Mehrheit. Der höchste Tagelohn, der in der Gegend von Palermo gezahlt wird, beträgt in der 2 Mark. Je weiter von den Zentralpunkten entfernt, desto niedriger werden die Löhne. In diesen Gemeinden werden nur 0,00 bis 1,40 Mark bezahlt. Der Lebensunterhalt erstreckt sich bei solcher Lohnnung nur auf Brot und eine Suppe von zähflüssigem oder Kraut, das heißt Grünzeug, das die Frauen oder Kinder draußen von den Bergern geholt haben. Eine Suppe von Macaroni oder Reis gehört bereits zu den schweren Mahlzeiten, die der gewöhnliche Mann sich zweimal täglich zu leisten vermag. Fleisch gibt es nur zu besonderen festlichen Gelegenheiten, wie bei der Fete des Schutzheiligen oder an sonstigen hohen Festen, demnach nur einige Male im Jahre.

Einen wichtigen Faktor in dem täglichen Leben spielt er "vitto", das heißt der in Gestalt äußerst düstiger Mahlzeiten gewährte Naturallohn. Es gibt Orte, zum Beispiel Sizilien, in denen der tägliche Arbeitslohn mit "vitto" 40 bis 0 Centesimi (35 bis 40 Pfennig) ausmacht und die Frauen 25 oder höchstens 30 Centesimi verdienen. Zu Mitleid erhebt die Frau mit "vitto" den Hungerlohn von 10 Centesimi für ihre Arbeit während des ganzen langen Sommers. Dabei kostet Rouléttisch 1,50 Lire (120 Mark), Schweinefleisch 1 Lire, Hammelfleisch 1,10 Lire, Brot 30, teils 40 Centesimi für 1 Kilogramm.

Zum großen Teil aus den unglaublich niedrigen Löhnen erklärt es sich, daß in den Schmelzminen die Kinderarbeit eine so bedeutende Rolle spielt. Damit die Kinder in dem täglichen Unterhalt beitragen, wurde sie von den Eltern in die Gruben zur Arbeit mitgenommen oder andere in den Minen tätige Arbeiter verpflichtet. Daraus ergab sich eine grauenhafte Ausbeutung, vielfach ferner ein schändlicher Missbrauch der Kinder. Im Jahre 1880, zu einer Zeit, in der die Kinderarbeit noch keinerlei sozialpolitische Schranken gezogen waren, wurden in den Schmelzminen von 7 Kreisen 2419 Kinder unter 15 Jahren, hierunter 8 Mädchen, beschäftigt. 88 Kinder hatten ein Alter von 7 und 163 von 8 Jahren! 12 Prozent aller Kinder befanden sich im zarten Alter unter 9 Jahren. Im Jahre 1898, nachdem die italienische Regierung die Wahrheit der sozialpolitischen Gelehrtengabe bereits bestätigt hatte, zählte man allein in den Schmelzminen Siziliens 5232 Kinder unter 15 Jahren, die mit dem Schleppen der Minerale aus dem Innern des Bergwerks beschäftigt waren. Bei dem Schleppen wird der "Caruso" — so heißen die Kinder — mit Schaufeln von etwa 20 Kilogramm beladen, das auf steilen, 10 bis 80 Meter hohen Treppen bis an die Erdoberfläche

emporgetragen wird. Der schwache, halbnackte Körper tritt vom Schweiß in der heißen Atmosphäre des Bergwerkes. Dabei wird der Körper in den Seitenlangen wie auch draußen lästerlichen Lustströmungen ausgesetzt, so daß der übermäßigen Anstrengung und Erhitzung oft plötzlich eine erhebliche Abkühlung folgt. Daher sind Krankheiten, wie Lungenerkrankung und Tuberkulose außerordentlich häufig. 15 mal muß der Caruso täglich einen solchen Aufstieg machen. Im ganzen muß er einen 9 Kilometer langen Weg zurücklegen, der aus holprigen Steintreppen im Inneren der Erde besteht. Da kann es vorkommen, daß ein Kind bei der elenden Nahrung, die ihm zu teilt wird, zusammenbricht und nicht mehr vorwärts kommt. Der Häuer, der den Jungen angezogen und diesen Verdienst von der Beschaffung des losgebrochenen Steins abhängt, knürt kein Gebot. Die grausame Praxis zieht zugleich auf den schwachen Körper.

Reicher diese Hebe nicht aus, so nimmt — wie der Vorsteher des Sartütatollegiums in einem authentischen Berichte mittelt — der Häuer oder ein von ihm Beauftragter die Grubenarbeiter und versetzt dem unglücklichen Kinde die Knöchelchen oder die Waden, so daß diese Brandblasen auf der Haut entstehen.

Und diese entzündliche Arbeit muß der caruso leisten,

sagt ohne eine Zeiterstattung dafür zu erhalten!

Wahr beträgt noch der amtlichen Berichten sein Lohn 68 Pf. bis 1 Mt. pro Tag, und wenn er erwachsen ist, 1,12 bis 1,36 Mark. Hieron aber bekommt er nichts in die Hand. Der Häuer, der den Knaben für 40 bis 150 Lire vom Vater gekauft hat, zahlt diesem den Lohn nicht aus, sondern verzehrt ihn auf die Lebensmittel, die er ihm liefert und wobei er natürlich auf seiner Vorteil bedacht ist.

Damit ist das Glend des Caruso nicht erschöpft. Von Unterricht, Schule, Erziehung hört er niemals ein Wort, wenn auch die allgemeine Schulpflicht in Italien gesetzlich eingeführt ist. Kein Mensch kümmert sich darum, daß diese Kinder in die Schule geschickt werden. Niemand von den kindlichen Arbeitsklaven vermag zu lesen oder zu schreiben. Vieles von ihnen wissen nicht einmal ihr eigenes Alter anzugeben. Dazu kommt, daß der Caruso zu den schrecklichsten Eltern gestrahlt wird. Die Unstümmigkeit wächst in den hellen Minen in ausgedehntestem Maßstabe. Die Berichte des Richters aus jenen Distrikten verschweigen nicht, daß sich der Körper der kleinen Arbeiter beschmutzt zeigt von den abscheulichen Verbrechen und Lastern. Sie sind Greise geworden, bevor sie das Junglingsalter verlassen haben. Es darf daher nicht übersehen, wenn Greis und Körper frisch verblümt sind, und ein hoher Prozentsatz der Carusi das fünf unbedeutendste Lebensjahr nicht erreicht.

Dennoch wenig erschrickt die hohe Zahl der Unfälle verwunderlich. Es wurden nach Werner im Jahre 1899 1620 Unfälle im Schmelzbergbau verzeichnet. Von den Verunglückten gingen 41 mit dem Tode ab, 28 blieben dauernd erwerbsunfähig. 1437 waren zeitweise erwerbsunfähig, und von 114 konnte das Ergebnis nicht festgestellt werden. Da im Jahre 1898 17 100 Arbeiter im Inneren der Berge beschäftigt wurden, so beträgt die Zahl der Verunglückten die ungeheure Höhe von 9,47 Proz. aller Arbeiter. Wie die Tätigkeit der Carusi auf ihre Gesundheit und körperliche Entwicklung einwirkt, erhebt am besten aus der Tatsache, daß in den Jahren 1874 bis 1878 die Zahl der wegen einer akuten Bronchitis zum Militärdienst gänzlich Untauglichen in den Schmelzminenbezirken 20 Proz., in den übrigen Gebieten mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung 9 Proz. sämtlicher Einwohner betrug.

Inzwischen ist durch Gesetz die Verbannung von Knaben und Mädchen bei Arbeiten unter Tage verboten worden, wenn sie das vierzehnte Jahr nicht überschritten haben. Ein kleiner Schritt zur Besserung! Damit ist aber der Missbrauch des Verkaufes von Kindern keineswegs abgeschafft, weil die Verbannung über Knaben, wenn sie im 14. Lebensjahr stehen, nicht mehr so leicht ist, als wenn sie sechs und sieben Jahre sind.

"Ich hätte eher geglaubt, diese Klöster seien der Zufluchtsort für die jüngeren Söhne der Aristokratie gewesen," meinte Egremont.

"Ansicht der Pensionsliste, die sie heute versorgt," erwiderte sein Gesährte lächelnd aber nicht mit Billigkeit. "Gut, wenn wir eine Aristokratie haben müssen, dann sollte sie lieber, daß die jüngeren Zweige Mönche und Nonnen wüssten, statt Obersie ohne Regiment oder Verwalterinnen häuslicher Paläste, die nur dem Namen nach bestehen. Und außerdem, welcher Vorteil wäre es für einen Minister, wenn der beständige Teil des Abtes jetzt so versorgt wäre! Er braucht nicht, wie ein heutiger Minister, die Führung öffentlicher Angelegenheiten Personen anzutrauen, die empfehlenswerten unsäglich sind; er müßte nicht zu Befehlschaltern von Expeditionen Generale ernennen, die niemals ein Schlachtfeld sahen, zu Beherrschern von Kolonien Leute, die niemals sich selbst beherrschen konnten, oder zu Generalen bankrotte Städte oder verlorzte Güntlinge. Es ist wahr, daß viele Nonnen und Mönche von vornehmen Geburt waren, warum hätten sie es nicht sein sollen?"

"Der Adel hatte seinen Anteil, — nicht mehr. Wie alle anderen Klöster, hatte er Nutzen durch die Klöster, die Hilfe der Armut zeigt aber, daß die große Mehrheit dem Volke entstammt."

"Doch," sagte Egremont, "welche Meinungsverschiedenheit auch in diesem Punkte bestehen mag, über einen Punkt kann kein Streit sein: die Mönche waren große Bauwirker."

"Ah! das ist es," sagte der Fremde in einem Tone des Bedauerns, "wenn die Welt nur wüßte, was sie verloren hat! So bin sicher, daß man im Allgemeinen nicht die letzte Vorstellung davon hat, wie England vor und nach der Aufrhebung der Klöster aussah. In England und Wales allein waren weit über dreitausend dieser Stiftungen umgestaltet, — ich meine Klöster, Kirchen, Kapellen und große Hospitäler; alles schöne Gebäude und viele von aus-

dieser Ausführung werden ein großes Streiflicht auf die sozialen Verhältnisse in Italien. Sie stellen nur einen winzigen Ausschnitt aus dem umfangreichen Werke des Verfassers dar. Vieles Interessante wäre noch zu sagen über Unterricht und Erziehung, Gläuberei, Übergläuberei, Sitten, romanisch über die legendenumwobene Mafia; vielleicht findet sich in einem weiteren Aufsatz hierzu Raum.

Sozialistische Märchens.

Watzek.

Bebel und Bülow als Hengen vor einem russischen Gericht. Bebel, Reichstagsrede, worin er die Banden in den Offseeprovinzen und speziell die in Neval geschilderte, hand in der russischen Brieftasche ein lebhafte Ego und wurde unter anderem von der Petersburger "Nowosti" wörtlich wiedergegeben. In dieser Rede erwähnte das russische Gericht jedoch eine Bekleidung der höchsten Gewalt und strengte gegen den Reichskanzler D. A. Nolawitsch eine Klage an, der nun seinerseits beantragt hat, eine ganze Anzahl Entlastungszeugen zu haben, darunter den deutschen Reichslandtag Fürsten Bülow, den Reichstagsabgeordneten Bebel, den russischen Minister des Außen, Grafen Lambsdorf, die Admirale Ubelan und Koschdeffow, sowie mehrere Personen aus der nächsten Umgebung des Kaisers und des deutschen Kaisers. Die deutschen Gewährsmänner würden natürlich, falls sie überhaupt gehört würden, nur kommissarisch vernommen werden.

Die jungen Wägdelein haben ihrer Flottenbegleiterin in einer geradezu "großartigen" Weise Zuspruch verliehen. Ja der "Allgemeine Kunsthof" ist zu lesen:

"Zum Geburtstage des Kaisers hat die Pensions-Mädchen-Anstalt der Brüdergemeinde in Gnadenberg und Liegnitz 112,40 Mark als Festgabe für den Ausbau der deutschen Flotte an uns gesandt. Die Gäste haben 66 junge deutschen Mädchen, Bälgerin der Pensions-Anstalt, aus ihrem Taschengeld gesammelt. Vivant sequentes."

Wie wär's, wenn diesen entzückend-vollen und flottenbegleiteten jungen Märchen ein Leben verliehen würde! Verdient haben sie ihn sicherlich!

Puttkamer ist aus Kamerun in Berlin eingetroffen.

Amtliche Beeinflussung, aber keine weitreichende. Aus der Wahlprüfungscommission des Reichstages wird mitgeteilt: Im Wahlkreise Hanau-Gelhausen wurden bei der Hauptwahl abgegeben: für Hoch (SD.) 15 470, für Lucas (NP) 9762, für Müllenbach (S.) 4814, für Altenstein (FDP) 1865, für Hirschel (Antl.) 517 Stimmen. Bei der Sitzwahl für Lucas 17 867, für Hoch 16 548 Stimmen. Ein Wahlprotest behauptet, neben einigen ordernen ungeschicklichen Versören habe besonders die amtliche Wahlbeeinflussung durch den Landrat von Beckerath im Kreise Hanau den Ausfall der Wahl zu Gunsten Lucas gestaltet. Der Landrat habe bei der Aufführung der Kandidatur Lucas mitgewirkt, insbesondere habe er in einer Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins die Kandidatur Lucas empfohlen und für diesen agitiert. Über die Protestbehauptung entspannt sich in der Sitzung der Wahlprüfungscommission eine lange prinzipielle Diskussion, in der Abgeordneter Semler (NP) die Angaben des Protestes als sich widersprechende und daher unerhebliche bezeichnet, während die Mehrheit der Kommission die Protestbehauptung für beachtlich hält, die zur Beweiserhebung führen müsse. Intissen, nach Prüfung der weiteren Beweispläne und nach der Berechnung der im Falle einer Beweiserhebung zu kassierenden Stimmen kommt die Mehrheit der Kommission zu der Ansicht, daß die amtliche Beeinflussung durch den Landrat nicht so weit gereicht habe, daß die Majorität für Lucas erzielt sei; sie lehnte daher unbeschadet der prinzipsiellen Bestätigung der amtlichen Beeinflussung Beweiserhebung ab und erklärte die Wahl Lucas für gültig. — Eigentüm-

gesuchter Schönheit. Es waren durchschnittlich in jeder Großstadt weitgehend zwanzig solcher Bauwerke, wie dieses hier, und in unserer umfangreichen Grafschaft die doppelte Zahl. Denken Sie sich die Wirkung von dreißig und vierzig solchen Anstalten, deren Eigentümer niemals abwesend wären. Man verlädt sich jetzt häufig über die Abwesenheit der Landlords, die im Auslande ihre Einkünfte verzeihen. Die Mönche gingen niemals fort. Sie verteilen ihre Einkünfte unter diesen, deren Arbeit sie geschaffen hatte. Sie bauten und pflegten für die Nachwelt; ihre Kirchen waren Kathedralen, ihre Schulen waren Akademien, ihre Bildersammlungen Archiv des Königreichs. Ihre Wälder und Gewässer, ihre Güter und Güter waren angelegt und verwaltet in einem Maßstab nur mit einem Verständnis, wie man es jetzt nicht mehr kennt. Sie machten das Land schön und das Volk stolz auf sein Land."

"Wenn die Mönche nun solche öffentliche Wohlthäter waren, warum erhob sich denn das Volk nicht zu ihren Gunsten?"

"Es erhob sich, aber zu spät. Es kämpfte ein Jahrhundert lang, aber es kämpfte gegen den Grundbesitz und das Eigentum, und es wurde geschlagen. So lange die Mönche da waren, hatte das Volk, wenn es bedürftig war, das Eigentum und den Grundbesitz auf seiner Seite. Und nun ist alles verloren," sagte der Fremde, "und Restende kommen und blitzen auf diese Mönche und halten es für Weisheit, über jene Zeit abzurütteln. Diese Männer sind die Kinder der Gewalttat, nicht der Zeit. Der Krieg hat diese Männer geschaffen, ein Bürgerkrieg, von allen Bürgern kämpfen, die wir je gehabt, der unmenschlichste, weil er gegen Widerstandlose geführt wurde. Die Klöster wurden mit Sturm genommen. Sie wurden eingesogen, geplündert und mit Waffengewalt zerstört und mit Schießpulver gesprengt. Sie können die Spuren davon noch am neuen Turm hier sehen. Niemals hat man ähnliches erlebt. Ein Jahrhundert lang machte das Land den Eindruck, als wäre es

Shill.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Übersetzung von Natalie Viebahn.

3. Fortsetzung.

"Die menschliche Natur würde uns das sagen, wenn die Geschichte es nicht berichtet. Die Mönche konnten kein Privateigentum besitzen, sie konnten kein Geld sparen, sie konnten nichts vererben. Sie lebten für die Allgemeinheit, und für die Allgemeinheit nahmen sie ein und gaben sie aus. Das Kloster selbst gehörte einem Eigentümer, der internatlich und nieigentlich verschwendete. Die Pächter hatten dadurch einen unerhörlichen Gutsherrn, keinen harten Vormund, keinen quärenden, Markt aufsangenden Hypothekengläubiger, keinen bei Eigentumsstreitigkeiten erblos zaubernden Chancery (Court of Chancery — dieser Gerichtshof ist aus den Romanen von Dickens bekannt). Alles war sicher und fest, der Inhaber hatte keinen Wechsel des Herrn zu fürchten und die Eichen brauchten nicht zu zittern vor der Art des späten Königs. Wie stolz sind wir jetzt noch auf eine alte Familie, obgleich — der Himmel weiß es — man jetzt selten eine sieht. Das Volk sagt gern, „wie hatten die Pächter unter ihm, und unter seinem Vater und Großvater“; es weiß, daß so ein sicherer Landbesitz ein Segen ist. Der Abt war stets derselbe. Die Mönche waren, um es kurz zu sagen, eine Basis für alle, die Hilfe, Rat und Schutz brachten, eine Abhängigkeit von Männern, die, weil sie keine Sorgen hatten, mit Weisheit den Überschreitenden belasteten, mit ihrem großen Reichtum die Bedürftigen unterstützen und oft mit ihrer Macht den Gedrückten beschützen."

"Sie führen die Sache der Mönche mit warmem Herz," sagte Egremont teilnahmsvoll.

"Es ist meine eigene Sache, sie waren Söhne des Volkes, wie ich selber."

Nich — wenn einmal die Mehrheit das Verleben einer Wahlbeeinflussung zu Ungunsten eines Sozialdemokraten anzuerkennen gezwungen ist, daß sie den Beamten so niedrig einschätzt, daß sein Einfluß „rechnerisch“ nicht ausschlaggebend gewesen sei! Die Art der Behandlung sozialdemokratischer Wahlproteste durch die Kommission mehrheitlich wirkt recht agitatorisch.

Die Mobilisierungsgesichte, die seit einigen Wochen die Welt durchschwirren, erhalten eine Bestätigung durch folgenden von unserem Düsseldorfer Parteorgan veröffentlichten Solbatenbrief. Der Brief stammt aus einer Garnison an der französischen Grenze, ist vom 14. Januar d. J. datiert und lautet:

Lieber Bruder!

Ich greife in lauter Eile die Feder, um dir meinen letzten Abschied zu schreiben, denn wir gehen jetzt am 18. diesen Monat nach Frankreich, wir haben mit den Franzosen mobil

Lieber Bruder, mache dir deshalb nichts daraus und sei auch nicht ängstlich, sehe wir uns auch auf dieser Welt nicht mehr wieder, so sehe wir uns in einer andern Welt wieder, wir sind jetzt vollständig mit allem ausgerüstet, unser Totenkopf haben wir schon an; wenn wir tot geschossen werden, so werden wir da mit begraben. Aber deshalb lasse ich den Mut nicht sinken, im Gegenteil, viel lustiger bin ich wie vorher. Über wehe dem Franzosenkopf, der mir in die Klaue fällt, so soll der sehen, daß die Preußen auch noch Mut haben; dann wird mein Gewehrkolben nicht zu schade sein, dem werde ich im ersten Schlag den Schädel zerschmettern, denn da habe ich noch Knochen für. Aber wenn ich das Glück haben soll, eins als alter Kriegskamerad wieder zu fehren, so werbe ich die alles genauer erzählen, wie alles zugegangen ist.

Lieber Bruder, aber schön ist es doch bei den Preußen; wenn der Dienst auch manchen schwer fällt, wir kommt alles wie ein Kinderspiel vor, wir werden jedenfalls die ersten im Feldzug sein. unser Herr Oberst hat uns sehr gelobt, im Gefecht so sind wir auch die ersten die nie geschossen werden, aber es freut mich, wenn ich gesund bin und das Vaterland verteidigen kann.

Aber lieber Bruder, se deshalb nicht traurig und schreibe von diesem, was ich Dir geschrieben habe, nicht unsern Eltern; so werden sie sich totgrämen. Ich bitte Dir, tu es ja nicht, von diesem etwas nach Hause zu schreiben, denn ich habe auch nichts davon nach Hause geschrieben.

Lieber Bruder, schreibe mir bitte sofort wieder, denn ich weiß nicht, wie lange ich hier bin.

Sieht nach ich schlafen, denn ich habe keine Zeit, mehr zu schreiben.

Viele Grüße sendet

Dein herzliebender Bruder . . .

Viele Grüße an . . .

Sonst bin ich auch noch immer gesund und munter und ordentlich Kriegslustig.

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Seitens des Schuhfabrikanten Hermann Peters in Offenbach, bei dem 67 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstande stehen, wird mit dem bestreiten Mittel der schwachen Lizenzen operiert. Hiergegen schreibt kein Staatsanwalt ein! — Die Grubenarbeiter von Indianapolis (Indiana) fordern eine Lohn erhöhung von 5½ Proz. Die Lohnbewegung droht zu dem Ausstand der Kohlengrubenarbeiter in den Staaten Illinois, Ohio, Indiana und WestPennsylvania zu führen.

Aus dem Lande der Sozialreform. Wie notwendig die wiederholte geforderte Festlegung der zehn Stundenarbeitszeit für die Textilindustrie ist, geht aus neue aus der Stellung der elsässischen Textilindustriellen zu dieser Frage hervor. Die Textilindustriellen von Mülhausen haben die Forderungen der Arbeiter um Einführung der zehn Stundenarbeitszeit abgelehnt. Begründet wird diese Ablehnung mit der Konkurrenz gleichartiger Industrien im Reich. Auch der im März in Kast tretentne neue Zolltarif sei für die Baumwollindustrie äußerst ungünstig und lasse eine Erhöhung der Produktionskosten nicht zu. Doch erklären die Fabrikanten zugleich, daß sie im Prinzip mit einer Herabsetzung der Arbeitszeit einverstanden wären, vorausgesetzt, daß ihre Dauer für ganz Deutschland durch Reichsgesetz einheitlich geregelt würde. Leider scheint das Reichsamt des Innern noch immer keine Zeit gefunden zu haben, die gesetzliche Regelung dieses sehr wichtigen Problems in die Hand zu nehmen.

„Sie belägen den alten Glauben,“ sagte Egremont in achtungsvollem Tone. „Ich betrachte diese Frage nicht allein als eine Glau bensfrage,“ erwiderte der Fremde. „Es ist nicht eine Frage der Religion, sondern eine Frage des Rechts; eine Frage des privaten Rechts und des öffentlichen Wohls. Man hätte, wenn man es für geeignet fand, die Religion der Leute andern können, wie man die der Katholiken geändert hat, aber man hatte kein Recht, Menschen ihres Eigentums, welches unter Verwaltung der Leute so wesentlich zum Wohlergehen des Gemeinwesens und der Gemeinschaft beitrug.“

„Was die Gemeinschaft angeht,“ sagte eine Stimme, die weder von Egremont noch von dem Fremden ausging, „so verschwand mit den Klöstern die einzige Form von Gemeinschaft und Gemeinwesen, die wir jemals in England hatten. Es gibt kein Gemeinwesen in England war, sondern nur heiderartige Anhäufungen von Menschen, und zwar

Streikende Arbeiter ausgewiesen. In den Südstaaten der Union werden streikende Arbeiter oft wie Verbrecher behandelt. Dort sind die Kapitalisten noch zu sehr an den Sklavengehörfam bei Negro gewöhnt und scheuen sich nicht den Widerstand streikender Arbeiter mit allerlei Gewaltmaßregeln zu brechen. Wiederholt sind aus Florida die längsten Ausschreitungen und Vergewaltigungen aller Rechte der Arbeiter durch die Kapitalisten berichtet worden. Gegenwärtig sind die Zigarrenmacher in Key West (Staat Florida) im Streik; unter ihnen befinden sich viele Kubaner. Es bildete sich nun, wie es in solchen Fällen doct üblich ist, ein Bürger-Komitee, das die Streikenden aussorberte, zu den Bedingungen, welche die Kapitalisten vorschrieben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Gewerkschaft wies das Anführen zurück, und nun ging das Bürgerkomitee gewaltsam vor: eine bewaffnete Bande brang in das Verhandlungszimmer der Streikenden, nahm 25 Mitglieder des Streikkomitees gefangen und brachte sie auf den Dampfer „Mascolle“, der in der nächsten Nacht nach Kuba abging. Die Behörden, die Presse, die öffentliche Meinung stehen auf Seiten des Bürgerkomitees, und die streikenden Arbeiter sind machtlos. Die Kubaner wandten sich an ihren Gelandeten in Washington und erbaten telegraphisch schlesische Hilfe. Der Gesandte Queada unterbreitete darauf dem Staatssekretär Root einen scharfen Protest gegen die gewaltsame Vertreibung kubanischer Bürger und erklärte eine solche Handlungswise als einen Bruch des Vertrages, den die Vereinigten Staaten mit Kuba abgeschlossen haben. Root versprach, eine Untersuchung einzuleiten. — In derselben Weise ist schon öfter in Florida vorgegangen worden. Man hat die Führer der Arbeiter, auch wenn sie amerikanische Bürger waren, auf abschreckende Schiffe gebracht und gewaltsam fortgeschafft. In den Führern glaubt man den ganzen Streik zu treffen; man erzielt damit aber höchstens einen Augenblickserfolg.

Der Tabakarbeiter-Kongress in Berlin, der nach dreitägiger Dauer am Mittwoch abend geschlossen wurde, nahm einen seiner hohen Bedeutung entsprechenden Verlauf. Es gab wohl kaum einen deutschen Landstrich, aus dem nicht ein Vertreter zu Worte kam, und was dann der Redner vorbrachte, waren erschütternde Anklagen gegen ein Elend, das höchstens von dem der schlesischen Weber überboten wird. Wie ein Richtstrahl ging es über die Versammelten, als am zweiten Verhandlungstage der Reichstagabgeordnete von Elm das Ergebnis der Kommissionberatungen aus dem Reichstage mitteilte und dadurch die Hoffnung weckte, daß der Schlag, den die Reichsregierung gegen das Gewerbe führt, wirkungslos gemacht werden kann. Es waren noch einige 50 Redner eingetragen, als der Kongress Mittwoch nachmittag an die Beendigung seiner Arbeiten denken und die Rednerliste schließen mußte. In einer einstimmig beschlossenen Resolution erklärte der von 193 Delegierten aus 537 Ortschaften besuchte Kongress sodann: „Die Tabakarbeiter glauben umso mehr berechtigt zu sein, zu einem Protest gegen jede weitere Steuererklärung, 1. weil in der Tabakindustrie eine große Zahl schwachsinniger und verkrüppelter Arbeiter Unterschlupf gefunden haben, die in keiner anderen Fabrik sich zu ernähren imstande sind und bei der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden; 2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Tabakarbeiter befürchtet wird; 3. weil ich die Steuergesetzgebung für die Tabakindustrie zur Folge habe, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den besser entlohnten Arbeitern gehörten, jetzt nach der Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften mit ihrem Jahresverdienst um 404 Mark unter dem Durchschnittsverdienst der gegen Unfall versicherten Arbeiter stehen. Die alljährlichen enormen Einnahmen, welche das Reich durch die im Jahre 1879 erfolgte Erhöhung des Tabakkolles und der Tabaksteuer hat, werden hauptsächlich getragen durch die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerbe beschäftigten Arbeiter, in Form der damals in großem Umfang vorgenommenen Lohnreduktionen, die sie über sich ergehen lassen müssen, auf Grund der durch das Sozialstaatengesetz herbeigeführten Wohllosmachung der Arbeiter und durch die in erheblichem Maße betriebene Verlegung der Fabrikation aufs flache Land.“ Der Kongress protestierte dann noch gegen den Plan der Zigarettensteuer und sprach die Erwartung aus, daß die Regierung die Steuergesetzgebung zurückziehen werde und auch in Zukunft die Tabakindustrie nicht weiter bedrohe. Sollte dies nicht eintreten, so erwartet der Kongress, daß der Reichstag ebenso einstimmig wie seine Kommission im ersten Antrag das Schicksal der Vorlage durch ein ablehnendes Votum feststellen wird. — Hoffentlich erhört der Reichstag den Wunsch der deutschen Tabakarbeiter, es gilt eine viertel Million Arbeiter und deren Angehörige, die heute schon schwer zu lämpfen haben, vor dem äußeren Elend zu schützen.

unter Umständen, die eher zur Trennung und Feindschaft, als zur Einigung und Harmonie führen.“

Es war eine ruhige Stimme, die diese Worte aussprach, aber eine jener eigenümlichen Stimmen, die sofort die Aufmerksamkeit fesseln, angenehm und doch feierlich, ernst und leidenschaftsfrei. Mit Schritten, ebenso ruhig wie der Ton seiner Stimme, hatte der Mann, welcher am Graue gekleidet, sich ganz unbemerkt zu seinem Gefährten und Egremont gesellt. Er war kaum von mittlerer Größe, seine Gestalt schlank und voll Ebenmaß; sein bleiches Gesicht, leicht mit Rödernarben gezeichnet, war durch eine hohe, geistvolle Stirne, große, dunkle Augen, die von tieinem Gefühl und rascher Auffassungsgabe zeugten, vor auffallender Höflichkeit bewahrt. Obgleich noch jung, war er schon etwas kahl; er war ganz schwarz gekleidet, die Reinheit seiner Wäsche, die Gespfehlheit seines Bartes, seine viel gebrauchten, aber sorgfältig geschnittenen Handschuhe — das Alles verriet, daß die Vermöglichkeit seiner sehr stark abgetragenen Kleidung mehr die Folge der Not als von Nachlässigkeit war.

„Auch Sie belägen die Auflösung dieser Körperschaften?“ fragte Egremont.

„Es gibt auf der Welt, in der wir leben, so viel zu belägen,“ sagte der jüngere der Fremden, „daß ich keinen Schmerz für die Vergangenheit übrig behalte.“

„Doch billigen Sie das Prinzip dieser früheren Gesellschaften; Sie ziehen es, wie Sie sagten, unserer jüngsten Ordnung der Dinge vor?“

„Ja, ich ziehe die Assoziation, die Gemeinschaft der heiderartigen Anhäufungen und der Zersplitterung vor.“

Emden. Vom Terrorismus der Arbeitgeber. Der bekannte Schriftmacherverband „Verein deutscher Arbeitgeber-Verbände“ versendet folgendes Kundschreib an die ihm angegliederten Werke und Fabriken:

In Ostfriesland, insbesondere in den Orten Leer, Augustshaven, Emden und Norddeich drohen Differenzen zwischen unseren Mitgliedern und den sozialdemokratischen Gewerkschaften auszubrechen. Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller ersuchen wir daher auf Grund des § 50 der Satzungen alle aus den genannten Orten kommenden Arbeiter der Metallindustrie bis auf Weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll. Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände.

Also in Ostfriesland drohen Differenzen auszubrechen, und weil die Möglichkeit besteht, daß es zu Differenzen kommen wird, sollen alle Arbeiter, die in nächster Zeit von dorten kommen, verfeindt und gehabt sein. Niemand darf ihnen Arbeit geben — mögen sie verelend und verkommen. In der Gegend, woher sie kommen, drohen Differenzen auszubrechen. Das genügt einem übermüdeten Flußbeutertum: sie mit Hungerspeisen auf den Magen zu traktieren; ob sie an der Vorgeschichte der möglicherweise ausbrechenden Differenzen irgendwie beteiligt sind oder nicht, ist gleichgültig. Niemand darf ihnen Arbeit geben. So verlangt es die kapitalistische Moral.

Mit der Ausstellung zweier Parteisekretäre in Thüringen ist unser Saalfelder Parteiblatt nicht einverstanden. Es schreibt u. a.: „Man kann sich ja wohl denken, daß für Thüringen ein Sekretariat mit zwei Sekretären besteht und für die Propagierung unserer Ideen segensreich wirken kann, wie aber zwei Sekretariate, von zwei verschiedenen Punkten aus geleitet, in Thüringen keine überflüssige Arbeit leisten sollen, das können wir und nicht vorstellen. Wir halten die Sache vorläufig noch nicht für erledigt. Hier haben jedenfalls auch die Parteigenossen ein Wort mitzusprechen und ist die Angelegenheit wohl so lange nicht als perfekt zu betrachten, als nicht die einzelnen Wahlkreise und endlich ein dorthin einzuverlebender allgemeiner Thüringer Parteitag gesprochen haben.“

Punkt! Der frühere sozialdemokratische Stadtverordnete und Geschäftsführer des Connewitzer Konsumvereins, Böck, hat, wie säkularische Blätter berichten, ein Begnadigungsgesuch eingereicht, welches aber abschlägig beschieden worden ist.

Ein Revolutionsflugblatt in der Kaserne. Schreckliches hat im Raumburg eine alte Waschfrau angerichtet. Ein Revolutionsflugblatt vom 14. Januar ist in die Kaserne der 96er gelommen. Und mit welcher Histerie haben die roten Teufelsabarten das Zustande gebracht! Einer unschuldigen Waschfrau haben sie sich habhaft, um ihr verbrecherisches Vorhaben auszuführen. Gerade den Raumburger Sozialdemokraten hätte dies nicht zugetraut werden sollen. Eine alte Waschfrau, namens Koch, erhielt gleich anderen Bewohnern der Stadt ein Exemplar des aufschriften Flugblattes. Das Mütterchen dachte nichts Ursiges dabei. Für sie war das Flugblatt, in das sie keinen Blatt geworfen hat, ein Stück Papier wie jedes andere. Darauf wußte sie harmlos Handschuhe und andere Kaserne mögliche Hinrichten und gab das Päckchen in der Kaserne an den Empfänger, einen Soldaten, ab. Der studiert das Flugblatt, seine Stabskameraden tun dasselbe. Der Unteroffizier kommt dazu. — Tableau! Strafpredigt. Der Waschfrau wird die Arbeit für die 96er entzogen. Frau Koch fühlt sich unschuldig und beschwert sich beim Offizier. Darauf ist eine Unterjuchung eingeleitet worden. Was bei dieser herausgekommen ist oder erst noch herauskommen wird, darüber schwiegen die Quellen.

Als Nach und Fern.

Erschrockt. Aus Gladbach wird gemeldet: Auf dem zur Herrschaft Camenz des Prinzen Albrecht von Preußen gehörigen Gute Alt-Ulmendorf brach im Pferdestall Feuer aus, wobei der 25 Jahre alte Pferdehalter Gottschlich und 10 Pferde im Rauch erstickten.

Ein glücklicher Zusatz. Wir lesen in der „Jugend“: Manche Menschen haben Glück! Die Prinzessin Anna von Wattberg hat dem Baptie mitgeteilt, sie wünsche zur katholischen Kirche überzutreten. Gerade jetzt ist ihr die Erleuchtung gekommen, daß ihr bisheriges Leben ein Fehler und daß der Katholizismus die alleinstigmachende Kirche sei. Und diese Erleuchtung ist mit einer solchen Kraft über sie gekommen, daß sie ihre Überzeugung sofort in die Tat umsetzte. Ein merkwürdiger Zusatz ist es, daß gleichzeitig mit dieser Übersetzung auch ihre irdische Liebe erwacht ist. Und ein glückliches Zusammentreffen ist es, daß der Erwählte ihres Herzens auch Katholik ist. Wie, wenn gleichzeitig mit der Liebe zu Alfonso ihr die religiöse Nieder-

Das ist eine Unterscheidung,“ sagte Egremont nachdenklich.

„Es ist eine Gemeinschaft des Zwecks, was die menschliche Gesellschaft bildet; ohne diese Gemeinschaft können die Menschen wohl zusammen geworfen werden, aber sie fahren tatsächlich fort, vereinzelt zu sein.“

Und ist das der Fall in den Städten?

„Es ist der Fall überall; in den Städten ist es aber am schlimmsten. Die Dichtigkeit der Bevölkerung erhöht einen härteren Kampf ums Dasein, und dieser bewirkt eine beständige Abstoßung der zu nahe an einander gedrängten Elementen. In großen Städten werden die Menschen durch das Streben nach Gewinn zusammengeführt. Sie sind, was den Erwerb von Vermögen anbelangt, nicht in einem Zustand gesellschaftlichen Zusammensetzens, der Kooperation, sondern der Vereinzlung. Sonst kümmert sich keiner um den Anderen. Das Christentum lehrt uns, unsern Nächsten zu lieben wie uns selbst, die moderne Gesellschaft kennt keinen Nächsten.“

„Ja, wir leben in einer sonderbaren Zeit,“ sagte Egremont, durch die Bemerkungen seines Gefährten beeindruckt, und mit diesem Gemeinschaft sein Gemüte erlebend, weil er noch kein bestimmtes Urteil, keinen klaren Gedanken zu denken vermochte.

„Wenn das Kind zu laufen beginnt, glaubt es auch in einer sonderbaren Zeit zu leben,“ sagte sein Gefährte.

„Was darans folgern Sie?“ fragte Egremont.

„Dass die Gesellschaft noch in ihrer Kindheit ist; sie fängt eben an, ihren Weg zu führen.“

(Fortsetzung folgt.)

zugung gekommen wäre, daß die jüdische Religion die richtige sei, oder wenn gleichzeitig mit dem Katholizismus die Liebe zu einem Judentum ihr Herz bewegen hätte? Ja welche Sorgen des Zweifels wäre sie hineingelieben worden? Wer weiß, ob dann die Liebe stark genug gewesen wäre, die religiösen Vorurteile zu überwinden? Aber manche Menschen haben eben Glück!

Die „vollendetsten Rechtsgarantien“ eines preußischen Verarbeiters sehen nach dem „Oberschlesischen Tageblatt“ so aus: „Der angeklagte Grubenhauer Matz aus Gabitzke beleidigte seinen Vorgesetzten, den Steiger W., der ihn nach starker Prüfung um 7,85 Ml. im Monat August geküßt haben soll, durch die Worte: „Du Donnerwetter, Du hast mich nun mein Glück gebracht, wenn ich nicht leben werde, wirst Du auch nicht leben!“ Der Beamte stellte Strafantrag. W. wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Steiger zollte, daß er den M. im ganzen nicht ernst genommen habe. Das Verhören des M. soll keineswegs entschuldigt werden, doch immerhin kann man es sich bei dem Bildungsgrade des Mannes erklären. Der Vorsitz hatte für M. verhängnisvolle Folgen. Denn er wurde erst disziplinarisch mit 4 Mark Ordnungsstrafe belegt, dann aus der Arbeit nach über siebzehnjähriger Tätigkeit entlassen und schließlich vor dem Schöffengericht bestraft. Aber damit noch nicht alles. In diese 17 Jahren hat M. ca. 500 Ml. an Knappmachsgeldern aufgebracht, die bei seiner Entlassung verfielen. M. war über sechs Wochen erwerbslos und mußte schließlich froh sein, daß er, der auf keiner oberhessischen Grube angesehen wurde bei einem Stolzwerk Arbeit erhielt. Jetzt ist er frisch (er befindet sich seit 14 Tagen zu Hause) mit seiner zahlreichen Familie dem Elend und der Not verfallen!“ — Also fünfmal bestraft für eine Handlung: 1. Disziplinarstrafe; 2. Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis; 3. Verlust des Rechtes an Knappmachsgelber; 4. Zurückweisung auf sämtlichen oberhessischen Gruben und 5. gerichtliche Sühne. Gesehen Arbeiterrecht und Arbeiterschuh in Preußen aus!

Spield nicht mit Schießgewehren. In Hettelsheim nahm beim Auspacken eines Koffers der 13jährige Sohn des Bankmitärs Schwede einen geladenen Revolver zur Hand, wobei sich die Waffe entlud und die daneben stehende 15jährige Schwester auf der Stelle töte.

Wurstvergiftung. Aus Lubwigsbachen wird berichtet: In der Familie eines z. Bt. hier im Hause wessenden Schlossers erkannten noch dem Genuss von Wurst die Frau und die 14jährige Tochter. Das Mädchen starb, die Mutter liegt noch darunter. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

„Drink meer noch en Dröppche!“ Ein Beser schreibt der „Rheinischen Blg.“: Am Sonnabend Morgen hatte mein siebenjähriges Töchterchen auf kurze Zeit die Volksschule besucht, um mit den Mitschülern und der Lehrerin den Geburtstag des Kaisers zu feiern. Als meine Kleine zurückkehrte, fragte ich sie, worin denn die Feier bestanden habe. Die Siebenjährige antwortete, daß man gesungen habe, und zwar: „Drink meer noch en Dröppche“ und „Der Kaiser ist ein lieber Mann“. Da mir dieses unglaublich vorlam, erkundigte ich mich bei Mitschülern nach dem Text der Melodie und erhielt die gleiche Antwort. Allerdings muß hierbei erwähnt werden, daß die Lehrerin ein kleines Mädchen fragte, ob es singen könne, worauf die Kleine antwortete: „O ja! Drink meer noch en Dröppche“. Das Mädchen sang aber falsch, worauf die Lehrerin mit der ganzen Schule den Refrain noch einmal sang. Letzterfalls eine originelle Kaisergeburtstagsfeier!

Selbstmord. Bürgerliche Blätter melden aus Straßburg: „Der bekannte Sozialist Lührer und Stadtrat Enderlin in Hünningen tötete sich durch einen Stich ins Herz, als er in angebranntem Zustande nach Hause kam und seine Frau ihm deswegen heftige Vorwürfe machte.“

Fürst Rotzschouby wiederum verurteilt. Man schreibt dem „Hbg. Echo“ aus Dresden: Die Prügelaffäre des russischen Fürsten Leon Rotzschouby, der durch seine Heirat mit der Herzogin Dorothea von Leuchtenburg in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum russischen Kaiser und zu verschiedenen anderen europäischen Potentaten steht, ist durch eine zweite Beurteilung, die jetzt in Dresden erfolgt ist, in ein neues Stadium getreten. Der jetzige Fall ist um so interessanter, als die vorzeitige Bestrafung des Fürsten am letzten Montag im südlichen Landtag gestrichen wurde. Von einem neuen „Fell Rotzschouby“ wurde aber von maßgebender Stelle nichts mitgeteilt. Fürst Leon Rotzschouby, der über ein jährliches Einkommen von mehr als 100 000 Rubeln verfügt und Ritter des Malteser-Ordens ist, bezog im No-

vember 1904 eine Wohnung im Hotel „Europäischer Hof“ zu Dresden. Er hatte die Gewohnheit, Abends die Berliner Zeitungen zu lesen. Am 8. Januar schrie er mit seiner Frau aus der Oper ins Hotel zurück, verlangte die neuen Blätter und als diese nicht gleich zur Hand waren, händigte der Hotelportier Moeller dem Dienner des Fürsten u. a. auch den „Simplicissimus“ ein. Kaum hatte Fürst M. den letzteren in die Hand genommen, als er in eine heillose Wut geriet, sofort den Portier kommen ließ und diesen zur Rebe stellte, weshalb er ihm das genannte Blatt geschickt habe, so ein Blatt, „das die russischen Adligen verhöhne“. Die Titelseite des Blattes bildete eine Karikatur des russischen Kaisers Nikolaus, sowie der russischen Geistlichkeit und der russischen Kräger. Die Schlußseite zeigte das Bild eines russischen Großfürsten in Gesellschaft einer Courtesane, darüber die Worte: „Von 30 000 Tote, Stellkreis noch Schaps!“ Auch die baltische Flotte kam in dieser „Simplicissimus“ Nummer schlecht weg. Der ahnunglose Portier erhielt mit den Worten: „Sie großer Ekel, Sie großer Verbrecher“ einen furchterlichen Fußtritt in die Bauchgegend, slog gegen die Tür und mußte noch am selben Abend sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Arzt konstaterte einen Bluterguß in die Bauchhöhle und am folgenden Tage traten bei dem Wohlhabenden bedenkliche Krankheitsymptome auf. Der Portier mußte fortan das Bett hüten. Diese Prügelaffäre halte die Beurteilung des Fürsten, der die Gastfreundschaft so schwer verletzt hatte, wegen gefährlicher Körperverletzung zu 1000 M. Geldstrafe zur Folge. Der bedauernswerte Portier Moeller aber kräftefortab und hat wohl seine frühere Gesundheit für seine Lebenszeit eingebüßt. Er ersuchte den Fürsten, ihn durch eine Rente entlastlos zu halten, und als der Russe sich weigerte, strengte der so schwer Geschädigte einen Prozeß gegen ihn an, der jetzt von der 1. Bürgertümmer des Dresdener Landgerichts, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Höhnel, zu Gunsten des Portiers Moeller, der inzwischen, da er infolge der erlittenen Verlebungen durch den Fußtritt des Fürsten Rotzschouby schwerere Arbeiten nicht mehr verrichten kann, Stellung als Kirchenbauer bei der Angloamerikanischen Kirche gefunden hat, entschieden worden ist. Moeller hat dauernden Schaden an seiner Gesundheit erlitten und deshalb hat das Dresdener Landgericht für Recht erkannt, daß Fürst Leon Rotzschouby an den Portier Moeller fortan eine jährliche Rente in Höhe von 2000 M. zu zahlen hat! — Aber ins Gefängnis braucht der brutale Russe nicht, da er war kein Wahlrechtsbemüht.

Studentenstreit in Rom. Die römischen Studenten sind in Aufzehr wegen eines neuen Reglements, die jedem zweimal in demselben Jahre durchs Exempel gefallenen Studenten eine Exkurrenz von 10 lire auferlegt, falls er sich in derselben Examensession noch einmal zur Prüfung melden will. Diese Exkurrenz gäbe von der Haushalt schen den Faulen ein unerhörtes Unrecht, so daß sie sich gestern in die Universität begaben und vom Rektor die Abschaffung der Taxe forderten. Der Rektor Tonelli antwortete ihnen, die Taxe wäre sofort abgeschafft, sobald man nicht mehr zweimal durchs Examen siele! Gedrängt über diese Antwort, drangen die Studenten, etwa 200 an der Zahl, in einem Hörsaal, wo gerade der Senator Bizzarri eine Vorlesung hielt, und forderten diesen auf, nicht weiter zu lesen. Der alte Herr weigerte sich und ersuchte die Lärmenenden um Ruhe. Die jungen Leute schickten darauf einige der Ihren zum Einlaufen von Kartoffeln, Kohlstrücker und ähnlichen „Wurstgeschossen“, mit denen dann der Professor bombardiert wurde! Viele Scheiben sind zerbrochen, und der Lärm war so groß, daß schließlich der Rektor nach der Polizei schrie. Die Studenten zogen, als sie den Universitätshof mit 110 Bewaffneten besetzt sahen, schnell und ruhig ab, vereinigten sich aber abends wieder und beschlossen den Generalstreik als Protest gegen die durch die Zusage der Polizei erfolgte Verlebung der akademischen Freiheit und zur Forderung der Abschaffung der Taxe. Schon vor diesem Schlusshatte der Rektor die Universität schließen lassen. Die Studenten schmiedeten die geschlossenen Türen mit Saiten mit Saiten: „Du vermeidest“, „Auf Abbruch zu verkaufen“, „Wegen Engros einkaufs von Kartoffeln wende man sich an Senator Bizzarri“ usw. Die öffentliche Meinung misst dem教授 an dem man sich hier schon bald gewohnt hat, sehr wenig Bedeutung bei.

Einbruch in einem Krankenhaus. In allgemeinen Krankenhaus in Triest wurden durch Einbruch über 30 000 Kronen geraubt.

Hu! Hu! In der Kaserne eines Infanterie-Regiments in Badia wurden zahlreiche antimilitärische und revolutionäre

Drucksachen entdeckt. — Ein „schlimmer Fall“ von „Insubordination“ hat sich, wie bürgerliche Blätter melden, am 26. Januar auf dem britischen Kreuzer „Caron“ ereignet. Die Besatzung der 8000en Geschütze wurden über Bord geworfen.

Ein brennendes Schiff. Im Schiffraum des Transportschiffes „Meade“, der mit Soldaten auf der Rückfahrt nach Manila begriffen war, brach in der Nacht ein Feuer aus. Drei Männer erstickten, drei werden vermisst und zwölf sind verletzt worden.

Veterarische.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von I. Bloch, (Administration: Berlin W., Uhlig Str. 105) haben soeben das Februarheft ihres 12. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Eugen Fourrier: Die französische Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen. — Richard Calwer: Die Mauroko-Konferenz. — Eduard Bernstein: Einige Standpunkte. — Emile Bernstein: Frauenwahlrecht in Belgien? — Tom Mann: Arbeiterverhältnisse und Sozialismus in Australien. — Julius Meier-Graefe: Über Vincent van Gogh. — Anton Endrich: Zur Psychologie des Sozialismus. — Hugo Poetsch: Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. — Wirtschaft von Max Schippel. — Politik von Max Calwer. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Poetsch. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Gewerkschaftsbewegung von Gertrud David. — Dichtkunst von Max Hochdorf. — Als künstlerische Beilage bringt das Heft ein Selbstporträt von Vincent von Gogh. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mark. Zu bezahlen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und durch jede Postanstalt. Ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Uhlig Str. 105, Berlin W. 35 (Auslieferung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Von der Neuen Gesellschaft. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15). Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos gesiebt. Soeben das 5. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen: „Krasivolle Entschlüsse“. — Die Strecke. — Gnade. — Ein Richter, der etwas gelernt hat. — Der stilliche Standpunkt. — Kurt Eisner: Schutz der Individualität! — Paul Göhre: Nach der Demonstration. — Georg Bernhard: Warenhausbewerben. — Leo Berg: Hauptmanns Glashüttenmärchen. — Stefan Großmann: Die Equipage und das Fenster. — Hans Pöhlwald: Frau Mehen. Episoden aus einem Werdegang. — Bücherbesprechung.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer). ist soeben das 17. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Lohu Babohu. — Hilligenlei. Der Erfolg eines Buches. Von Karl Korn (Kiel). (Schluß.) — Kampfschule. Von H. Bloch. — Die Wohlthat des Kinderschutzes. Von Luis Bieck. — Noch einmal der Kampf der Hamburger Volksküche gegen die Reaktion. Von Emil Krause (Hamburg). — Berliner Theater. Von F. M. — Literarische Rundschau: Julian Borchardt. Wie sollen wir unsere Kinder ohne Pestizide erziehen? Von Therese Schlesinger-Eckstein. Professor Dr. J. Radl. Der Nürnberger Buchhändler Johann Philipp Palm; ein Opfer Napoleonischen Willkür. Von ad. br. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 325 Pf. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 2. Februar 1905.
Butter.

I. Qualität	M. 118—126
II. Qualität	110—112
Ferner:	
Feinherbste und ältere Bauernbutter	105—108
Galisches und ähnliche Bauernbutter	94—96
Schlesw. und holst. Bauernbutter	—
Niederrheinische	108—114
Niederrhein. Ware	—
Wimeranische	—

Billiges Volksgetränk!
Trinkt
H. Bülck's Misch-Kaffee!
Pfund 60 und 80 Pf.
in 1/2 und 1/4 Pfund.

Die Mischungen enthalten keinerlei künstliche Farbstoffe, keine harzartige Bohnen (sog. vom Seewasser beschädigte) und sind frei von jedem Beschwerungs-mittel.

H. Bülck
Breitestraße 54. Fernsprecher 149.

Täglich
in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraut-Dauer-Brot.
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

214. Preußische Klassen-Lotterie.

Ziehung 2. Klasse 9. u. 10. Februar. **Kauflose vorrätig.**

Carl Bischof, Lotterie-Einnnehmer,
Braunstr. 36.

Bezugssquelle nur gute Sorten Matjes-, Sommersaum- und Blohmheringe, von ff. Anchovis bester Qualität, der beliebten Thüringer Salz- u. Sauerküchen, ff. Himbeer- a. Kirschsaft. Fabrik des überall beliebten nach alter bewährter Bungscher Methode hergestellten Eßig und Eßigspirts, von Wein-, Himbeer-, Estragon-, Gewürz- und Konservierungs-Qualität. Eßig (anerkannt vorzügl. Cimach-Eßig).
II. Käse, besser Qualität in groß. Auswahl.

H. L. Wiegels vorm. J. C. Bunge
Eßigfabrik gegr. 1825.
Eßiggrube 61. Fernsprecher 217.

Bom Abbruchlager
billig zu verkaufen: Tüten, Windfänge, Fenstersicherungen, Bretter, Baumholz, Träger, Rohre, Dachspannen. Tannen Mtr. 4,50 M., Sack 60 Pf.
Brennholz: Eichen Mtr. 6,50 M. ab Lagerplatz.
H. Hartog, Halstrasse, Ecke d. Glockengießerstr.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten Verlobungs-Ringe an meine Arbeiter-Kunden schaffe verkaufe.
G. Creutzfeld, Goldschmied, Sandstr. 19.
H. E. Koch's Möbelhäuser
Erstes Geschäftshaus Marlesgrube 45
zweites „ Marlesgrube 40
drittes „ Marlesgrube 11
empfehlen zu nachstehenden billigen Preisen:
Kommoden mit Pil. u. Kons. 17, 18, 19, 20 M.
Kleiderschränke, sehr hübsch, 20, 22, 25 M.
Küchenschränke 11, 14, 16 M.
Küchenschränke, Glasschrank, 22 1/2, 25 M.
Bettkisten, einschlägig, 11, 12, 14 M.
zweischlägig, 14, 16, 18 M.
Waschtische 6, 7 M.
Tische 6, 7, 8, 9 M.
Sofas, gute Polsterung, 25, 28, 30 M.
so großzügig, 35, 38, 40 M.
Stühle, modern, mit Sprossen, 3 1/2 M.

Sämtl. Sorten Weine u. Spirituosen,
Grimm's
feinst. Doppelkümmel, Kummesser,
Buntekuh-Kümmel
empfiehlt zu billigsten Preisen.

Carl Grimm
Wein- u. Spirituosenhandlung.
Rosenstraße 10. Fernruf 1811.

Wilh. Nehls, Glasermüller,
Fackenburger Allee 30.
Bauglaserei.
Einrahmen von Bilbern u. Spiegeln
sowie Reparaturen.

Bürgerlicher Mittagstisch 60 Pf.
F. Strohkar, „Polierkrug“
Schwarzsauer Allee 92.

Prima Bratenschmalz
Pfund 40 Pf.

Prima Flohmen
eigener Schlachtung, empfiehlt

Julius Schober
Große Burgstraße 55.

Wilhelm Rahfoth, Lübeck, Untertrave 113.
Weine und Spirituosen
Billiger Verkauf von
Wein, Rum, Kognak, Likören etc.

Vergleichen Sie meine Weine und Spirituosen mit sonst erhältlichen Qualitäten.

Empfohlene mein reichhaltiges Lager in
Gold-, Silber- und Alsenidewaren.
Alfred Braun, Goldschmied, Hinter St. Petri 15.

Betten-Duve, gr. Burgstrasse 32.
Bettfedern, Daunen, Aussteuerartikel
Gratis-Anfertigung. Billigste Preise. Rabattmarken werden ausgegeben.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Eröffnung neuer Kurse

**Deutscher Sprache am Dienstag, den 6. Februar,
Redeübung am Mittwoch, den 7. Februar.**

Die Kurse beginnen im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52, präzise 8½ Uhr und endigen 10 Uhr abends.

Die Teilnahme an denselben steht den Mitgliedern ohne weitere Nachzahlung frei. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., monatlicher Beitrag 30 Pf.

Außerdem hat jedes neueintretende Mitglied, das an dem Deutsch-Kursus teilnehmen will, eine Unterrichtskarte von 1,00 Mk zu lösen.

Aufnahmen erfolgen an den Unterrichtsabenden von 8 Uhr ab.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Schmiede Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck.)

Winter-Vergnügen
am Sonntag den 4. Februar 1906
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintrittspreis 50 Pf., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pf., wofür Garderobe.

Das Komitee.

„FLORA“

Konzerthaus.

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Eintritt frei.

kleiner Kauf jämil. Spirituosen
in bekannter tadeloser Güte.

Hermann Blunk

Großsieder Allee 51, Ecke d. Kahlhorststraße.

„Zum Großherzog von Mecklenburg.“
Große Burgstraße 11.
Sonntags und Sonntag:

Klavierunterhaltung.
Hierzu lädt er ebenst ein Chr. Wien.

Louisenu lust.

Morgen Sonntag:
Große Tanz-Musik
w. Gloe.

Anstich von
ff. Aktieu-Bock ff.

Waisen-Hof.

Morgen Sonntag:

— Tanz. —

Gesellschaftshaus Mödershort.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Rathaus Moisling.
Sonntag:
Groß. Bockbierfest

und freies Tanzkränzchen.
A. Schreiber.

Petersen's Klubhaus

Hinte freies

Tanz-Kränzchen.

„Reu-Lauerhof“.

Sonntag:

Großes Bockbierfest.

Freier Eintritt.
Um 8 Uhr werden Bockbiermühlen
gratis verteilt.

Freier Tanz.

Um 8 Uhr werden Bockbiermühlen
gratis verteilt.

Quartettverein Amicitia.

Maskenball

am Faschingssonntag d. 26. Febr.

im Kolosseum.

Der Vorstand

Tiergarten.

Arnimstrasse 51.

Angenehmer

Familien-Aufenthalt.

Ein Klavier steht den werten Gästen
zur geselligen Benützung zur Verfügung.
W. Grammerstorff.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etg.

Wanderung am

Garda - See.

Gesangverein „Eintracht“

Grosser

Masken-Ball

am Sonntag den 25. Februar 1906

in sämtlichen Räumen des Vereinshauses, Johannisstr. 50/52.

Saalführung 5 Uhr. Aufgang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Um 8 Uhr: **Großer Maskenzug.** Demaskierung 12 Uhr.

Tanz für Zuschauer von 6—8 Uhr und 12—4 Uhr.

Eintrittspreis für Mitglieder 40 Pf., eine Dame frei.

Eintrittspreis für Fremde 80 Pf. pro Person.

Karten sind zu haben: Becke, „Vereinshaus“, Schröder, Leberstraße, Wittfoot, Höglstraße 18, Körner, Kupferschmiedestraße 11, Wettendorf, Mittstraße 9a, Karl Dose, Höglstraße 16, Gust. Ehlers, Auguststraße 15, Eifland, Elbewerke 10, Grünewald, Fischerstraße 18, Klein, Höglstraße 94, Haack, Engelsgrube 87, Nielsch, Engelsgrube 91, John, Fischergrube 67, Schäper, Langer Lohberg 30/32, Arndt, Hundestraße 76 und bei sämtlichen Komiteemitgliedern. Karten für Mitglieder werden nur vom Boten J. Hümböller, Wahnstraße 85 bis zum 24. Februar und Sonnabend von 9—10 Uhr abends im „Vereinshaus“, Johannisstraße, ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstraße 52.

N.B. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Das Komitee.

„FLORA“

Konzerthaus.

Sonntag den 11. Februar 1906.

I. Grosser

Masken-Ball

verbunden mit

Kappfest für Zuschauer.

Maskenzug 7 Uhr.

Im vollständigen Masken kostüm Herren 40 Pf., Damen 20 Pf.

Den Zuschauern ist die Teilnahme am Tanzen gratis jedoch nur mit einer humor. Kappe gestattet.

Kappen sind im Lokal zu haben.

Demaskierung nach Belieben.

Eintrittskarten im Vorraum: Herren 80 Pf., Damen 40 Pf., Masken: Herrn 30 Pf.,

Damen 20 Pf. sind zu haben bei Herrn Möller, Holstenstraße und Wieghorst & Jasper,

Am Markt.

Kassenpreis für Herren 1 Mk., Damen 60 Pf.

Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 4 Uhr.

Max Siems.

Masken-Ball

des Radfahrvereins „Planet“

in Fackenburg

am Sonntag den 11. Februar 1906

im Klublokal (Paetau, Fackenburg).

Zuschauer: Herren 1 Mk., Damen 30 Pf. Masken 50 Pf. Maskenzug 8 Uhr.

Demaskierung 11 Uhr. Beginn des Balles 6 Uhr. Ende morgens.

Tanzen ist nur mit humoristischer Kappe gestattet. Fremden Bierkost ist der Zutritt verboten.

Maskengarderoben sind nicht im Lokale.

Hierzu lädt freundlich ein

Travestrand Moisling.

Heute, Sonntag, 4. Februar

großes humor. Bockbierfest

Jede Dame erhält ein Geschenk.

Omnibusverbindung

Omnibusverbindung

Friedrich-Franz-Halle.

Heute Sonntag

Bockbier- und Kappen-Fest.

Central-Gallen.

Heute Sonntag:

Grosse Volksmaskerade.

Haftender Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Rhein und Niederrhein“ sowie der mit P. L. geschaffenen Artikel und Redaktionen: Sennheiser Stelling. — Berantwortlicher Redakteur für die Strecke „Rhein und Niederrhein“ sowie die mit P. L. gegenwärtigen Artikel und Redaktionen: Eduard Schwartz — Preis von 5 Kreuz. Neuer & Co. — Gestaltung in Silber.